

6. Bezirk – Mariahilf

Angenommene Anträge aus den
Bezirksvertretungssitzungen 2024

Stärkere Beteiligung aller Fraktionen bei Bezirksprojekten

Die unterzeichnenden Bezirksrätinnen und Bezirksräte der Grünen Alternative Mariahilf und der Die Wiener Volkspartei Mariahilf stellen zur Bezirksvertretungssitzung am 24. Jänner 2024 gemäß § 24 GO-BV folgenden

Antrag

Die Bezirksvertretung möge beschließen, Bezirksvorsteher Markus Rumelhart zu ersuchen, im Sinne des Miteinanders die Mitglieder der Bezirksvertretung aller Fraktionen – innerhalb des von der Stadtverfassung bezüglich der Bezirkskompetenzen vorgegebenen rechtlichen Rahmens – möglichst früh und in regelmäßigen Abständen über anstehende Neugestaltungsprojekte zu informieren und sie bei vom Bezirksvorsteher initiierten Formaten zum Austausch mit Stakeholdern des Bezirks verstärkt miteinzubinden. So sollen sie verstärkt die Möglichkeit erhalten, ihr Wissen über die Wünsche und Anliegen der Mariahilfer Bevölkerung einzubringen.

Begründung

In der Vergangenheit wurden die Fraktionen über die Ausgestaltung wichtiger Projekte in Mariahilf erst durch die mediale Präsentation informiert (z.B. Christian-Broda-Platz) bzw. waren in Formaten des Bezirksvorstehers (z.B. Runde Tische) im Gegensatz zu anderen Stakeholdern des Bezirks nicht einbezogen. Dem Motto des Bezirks „Miteinander“ folgend sollte zukünftig eine stärkere Einbindung der Fraktionen insbesondere bei zentralen Projekten erfolgen.

Paul Stein

Gerhard Hammerer

Bezirksveranstaltungen nur in Räumlichkeiten parteiunabhängiger Einrichtungen

Die unterzeichnenden Bezirksrätinnen und Bezirksräte der Grünen Alternative Mariahilf stellen zur Bezirksvertretungssitzung am 24.01.2024 gemäß § 24 GO-BV folgenden

Antrag

Die Bezirksvertretung möge beschließen, den Bezirksvorsteher Markus Rumelhart zu appellieren, Bezirksveranstaltungen nur in Räumlichkeiten parteiunabhängiger Einrichtungen abzuhalten.

Begründung

Wenn ein Bezirk parteinahe Organisationen für die Nutzung von Veranstaltungsräumen bezahlt, kann die resultierende „schiefe Optik“ Politikverdrossenheit und Demokratieskepsis, die in der Bevölkerung bereits alarmierende Ausmaße erreicht haben, weiter verstärken. Diese Gefahr droht auch dann, wenn die verwendeten öffentlichen Gelder nicht vom Bezirk selbst, sondern z.B. von der Stadt stammen. Daher ist jeder Anschein einer indirekten Finanzierung parteinaher Organisationen mit Mitteln der öffentlichen Hand strikt zu vermeiden.

Auch von einer etwaigen kostenlosen Nutzung von Räumlichkeiten parteinaher Organisationen für Bezirksveranstaltungen ist abzusehen. Auch wenn kein Geld fließt, profitiert die Organisation, der die Räumlichkeiten gehören, von einem gewissen „Werbeeffekt“ durch den mit öffentlichen Bezirksmitteln beworbenen Besuch einer bei ihr abgehaltenen Veranstaltung. Dies ist mit einer gebührenden Trennung vom Amt der Bezirksvorsteherung und Parteipolitik nicht vereinbar.

In Mariahilf mit seiner vielfältigen Kulturszene gibt es zahlreiche parteiunabhängige Veranstaltungslocations, die sich freuen würden, Bezirksveranstaltungen zu hosten – an Auswahlmöglichkeiten mangelt es somit nicht.

Joachim Thaler

Veröffentlichung der Entscheidungsgrundlagen zur Umgestaltung der Gumpendorfer Straße

Die unterzeichnenden Bezirksrät*innen der Grünen Alternative Mariahilf und der Fraktion LINKS stellen zur Bezirksvertretungssitzung am 24.01.2024 gemäß § 24 GO-BV folgenden

Antrag

Die Bezirksvertretung Mariahilf möge beschließen, die zuständige Stadträtin Ulli Sima zu ersuchen, zusammen mit der angekündigten Präsentation des abgestimmten Gestaltungsvorschlags folgende Unterlagen bzw. Informationen auf der Website des Bezirks zu veröffentlichen, aus denen nachvollziehbar hervorgeht, wie es zu diesem Gestaltungsvorschlag gekommen ist:

- Zwingende Prämissen (Muss-Kriterien oder „No-Go’s“) für den Gestaltungsvorschlag
- Prioritär verfolgte Ziele des Gestaltungsvorschlags
- Erwogene Varianten, insbesondere folgende Punkte betreffend:
 - Verkehrsführung auf der Gumpendorfer Straße selbst, insbesondere Anordnung von Einbahnabschnitten
 - Flächenaufteilung (Begegnungszonen vs. Trennung in Fahrbahn und Gehsteig, Begrünung versus Gehsteigbreite)
 - Anzahl und Standorte von Verkehrslichtsignalanlagen bzw. andere Form der Regelung von Kreuzungen
 - Verkehrsführung in den Seitengassen (Erhalt von Zufahrtsmöglichkeit und Vermeidung von Schleichwegen in Abhängigkeit der Verkehrsführung auf der Gumpendorfer Straße selbst)
- Gründe für den Ausschluss erwogener Varianten und die Priorisierung des schlussendlich präsentierten Gestaltungsvorschlags
- Die gesamte vom Bezirksvorsteher im Rahmen des Interviews der Bezirkszeitung vom 9. Jänner 2024 erwähnte „*Verkehrsstudie der MA 46*“.
- Eine Zusammenfassung der Reaktionen von Bürger*innen im Rahmen der Feedback-Phase („Gumpi-StandIn“ von 25.9. - 2.10. sowie im Rahmen dieser Phase per E-Mail eingegangene Rückmeldungen)

Begründung

Seitens der Bezirksvorstehung und den beteiligten Planungsbüros wurden von Jänner bis September 2023 keine Mühen gescheut und in einem ergebnisoffenen und niederschweligen Prozess mit Umfrage, Infoständen und Workshops erhoben, was sich die Menschen von der Umgestaltung der Gumpendorfer Straße erwarten. Ebenso haben zahlreiche Bürger*innen und Stakeholder*innen viel Zeit investiert, um sich einzubringen – vom Ausfüllen eines Online-Fragebogens über den Besuch eines „Gumpi-Standls“ bis zur Teilnahme an einem Workshop.

Leider ist es gegenüber der ursprünglichen Planung des Beteiligungsprozesses zu Verzögerungen bei der Abstimmung möglicher Maßnahmen mit den Magistratsdienststellen gekommen. Dadurch waren in der bisher letzten Beteiligungsphase („Feedback“ – 16.9. - 31.10.2023) anders als geplant wichtige Eckpunkte noch nicht bekannt, beispielsweise wie viele Ampeln es in Zukunft noch an der Gumpendorfer Straße geben soll, ob und welche Einbahnführungen entlang der Gumpendorfer Straße vorgesehen sind und wie sich Radrouten und Verkehrsorganisation in der Umgebung ändern sollen.

Für die verbleibenden Projektphasen werden auf der Website des Beteiligungsprozesses¹ keine Möglichkeiten des Feedbacks oder der Mitbestimmung von Bürger*innen explizit erwähnt. In einem Interview² hat Bezirksvorsteher Markus Rumelhart hingegen angekündigt: *„Im Frühjahr werden wir die ersten Pläne präsentieren und dann mit den Bürgern die Details verhandeln“*.

Um das Interesse der Bürger*innen an Demokratie und Partizipation nachhaltig aufrecht zu erhalten, ist es unverzichtbar, ihnen auf Augenhöhe zu begegnen. Aufgrund der vielfältigen Ansprüche an die Nutzung des begrenzten Straßenraums ist es unvermeidlich, dass viele der Bürger*innen, die Zeit und Engagement in die Mitbestimmung investiert haben, vom Ergebnis zunächst enttäuscht sein werden. Damit diese Menschen nicht in die Politikverdrossenheit abgleiten, ist es umso wichtiger, transparent zu machen, wie ihre Anregungen weiterverarbeitet wurden und warum es schlussendlich zu einem Ergebnis gekommen ist, das hoffentlich vielen, aber wohl kaum allen Vorstellungen gerecht wird. Transparenz bedeutet in diesem

¹ <https://mitgestalten.wien.gv.at/de-DE/projects/zukunftsfitte-gumpendorferstrasse>

² https://www.meinbezirk.at/mariahilf/c-politik/2024-gehts-unter-mariahilfs-erde_a6461662

Zusammenhang zweierlei: Zum einen sollen die Bürger*innen erfahren, welche Maßnahmen und Varianten geprüft wurden, was also alles versucht oder nicht versucht wurde. Zum anderen muss es eine Abgrenzung von Fachebene und politischer Entscheidung geben: Für welche Maßnahmen wurden von den Fachdienststellen welche Wirkungen, Kosten oder Machbarkeitshindernisse erkannt und aufgrund welcher Prioritätensetzung hat sich die Politik danach für welche Lösung entschieden?

Harald Buschbacher

Veröffentlichung Grundlagenstudien Naschmarkt-Areal

Die unterzeichnenden Bezirksrät*innen der Grünen Alternative Mariahilf stellen zur Bezirksvertretungssitzung am 24.01.2024 gemäß § 24 GO-BV folgenden

Antrag

Die Bezirksvertretung Mariahilf möge beschließen, die zuständige Stadträtin Ulli Sima zu ersuchen, dass im Sinne der Transparenz sämtliche Grundlagenstudien (inkl. Expert*innen-Meinungen, Machbarkeitsanalysen, usw.), die im Vorfeld oder im Rahmen der Erarbeitung der Pläne zur Neugestaltung des Naschmarkt-Parkplatzes sowie des Landparteienplatzes angefertigt wurden, auf der Website des Bezirks veröffentlicht werden.

Begründung

Seit über drei Jahren wird der Bezirksbevölkerung der Einblick in Studien und Ergebnisse von Grundlagenforschungen des Bezirks bzw. der Stadt Wien, die eine Errichtung einer Markthalle am Areal des Naschmarkt-Parkplatzes bzw. des Landparteienplatzes rechtfertigen würden, verweigert. Auf zahlreiche Anfragen und in Kommissionssitzungen, hieß es immer wieder, dass es keine solchen Studien gäbe.

Bezirksvorsteher Markus Rumelhart meinte in der Sitzung der Mariahilfer Bezirksvertretung am 25.3.2021, ihm sei keine Untersuchung bekannt, die eine Markthallen-Errichtung rechtfertigt.

Daher war die Verwunderung groß, als mit der Veröffentlichung der Ergebnisse des europaweiten Architekturwettbewerbs plötzlich Grundlagenstudien vorhanden waren. So schreibt der ORF etwa, dass die Ergebnisse auf „zahlreichen Grundlagenstudien aufbauen“¹.

Im Sinne der Transparenz ist es an der Zeit, sämtliche Grundlagenstudien, Machbarkeitsanalysen und Expertisen bezüglich des Naschmarkt-Areals zu veröffentlichen.

Roland Gombotz

¹ <https://wien.orf.at/stories/3232254/>

Veröffentlichung aller eingereichten Projektentwürfe zur Neugestaltung des Naschmarkt-Areals

Die unterzeichnenden Bezirksrätinnen und Bezirksräte der Grünen Alternative Mariahilf stellen zur Bezirksvertretungssitzung am 24.1.2024 gemäß § 24 GO-BV folgenden

Antrag

Die Bezirksvertretung möge beschließen, die zuständige Stadträtin Ulli Sima zu ersuchen, dass im Sinne der Transparenz sämtliche Projekteinreichungen, über welche die Jury letztlich im Rahmen des europaweiten Architekturwettbewerbs zur Neugestaltung des Naschmarkt-Parkplatzes abgestimmt hat, auf der Website des Bezirks zugänglich gemacht werden.

Begründung

Im Sinne der Transparenz der öffentlichen Verwaltung ist es angebracht, die Bürger*innen über die geprüften Alternativen (sämtliche Einreichungen) zu informieren und das Siegerprojekt als Vorgabe für die kommende Umsetzung öffentlich zu machen. Die stattgefundene Ausstellung für nur eine Woche in der Planungswerkstatt ist dafür nicht ausreichend.

Fritz Priesner

Veröffentlichung der Prüfungs- und Bewertungsergebnisse aller beim Klimateam Mariahilf eingereichten Ideen

Die unterzeichnenden Bezirksrätinnen und Bezirksräte der Grünen Alternative Mariahilf stellen zur Bezirksvertretungssitzung am 24.01.2024 gemäß § 24 GO-BV folgenden

Antrag

Die Bezirksvertretung Mariahilf möge beschließen, den zuständigen Stadtrat Jürgen Czernohorszky zu ersuchen, die Expert*innen-Einschätzungen vollständig zu veröffentlichen, auf Basis derer von über 300 eingereichten Ideen 47 in die engere Auswahl für die nächste Phase gekommen sind. Eine Aufbereitung der Einschätzungen, die über die Form hinausgeht, die zur Entscheidungsfindung ohnehin notwendig war, ist für die Veröffentlichung nicht erforderlich.

Begründung

Partizipative Verfahren wie das Wiener Klimateam oder auch der Klimarat der Bürger*innen stehen immer vor der Herausforderung, dass die beteiligten Bürger*innen (sei es als Jurymitglieder oder als Ideengeber*innen) möglichst wenig beeinflusst oder in ihrer Autonomie eingeschränkt werden, zugleich aber genügend fachliche Hilfestellung erhalten und Kriterien sowie die grundsätzliche inhaltliche Ausrichtung des Programms eingehalten werden. Um die Glaubwürdigkeit des Projekts zu wahren und das Vertrauen in derartige Verfahren zu gewährleisten ist maximale Transparenz erforderlich. Kein*e Bürger*in, der*die eine Idee selbst eingereicht oder von anderen eingereichte Ideen gutgeheißen hat, soll das Gefühl haben, nicht nachvollziehen zu können, warum die jeweilige Idee nicht zum Zug gekommen ist. Es ist verständlich, dass nicht jede*r Einreicher*in ein persönlich ausformuliertes Schreiben erhalten konnte, in dem die Ablehnungsgründe ausführlich argumentiert werden. Daher schlagen wir vor, direkt jene vermutlich in Tabellenform vorliegenden Entscheidungsgrundlagen zu veröffentlichen, in denen zu den einzelnen Projekten vermerkt ist, ob sie die einzelnen Muss-Kriterien des Programms erfüllen und wie gut sie in Bezug auf weitere Kriterien wie z.B. Kosten oder Wirksamkeit abschneiden.

Harald Buschbacher

Citybus Mariahilfer Straße

Die unterzeichnenden Bezirksrätinnen und Bezirksräte der Die Wiener Volkspartei Mariahilf, SPÖ Mariahilfer, Grünen Alternative Mariahilf und von NEOS – Das Neue Österreich und Liberales Forum stellen zur Bezirksvertretungssitzung am 21. März 2024 gemäß § 24 GO-BV folgenden

Antrag

Die Bezirksvertretung möge beschließen, den zuständigen Stadtrat Peter Hanke zu ersuchen, die Wiener Linien mit der Ausarbeitung eines Citybuskonzepts zu beauftragen, das den stadteinwärts gelegenen Teil Mariahilfs (Mariahilfer Straße) mit dem ersten Bezirk verbindet.

Begründung

Die ehemalige Buslinie 2B wurde im Jahr 2014 - nach Änderung und Teilung in 2A und 2B im Jahr 2013 - seitens der Wiener Linien aus wirtschaftlichen Gründen eingestellt. Seitdem besteht der Wunsch der Mariahilfer Bevölkerung - insbesondere der älteren Generation - diese Linie wieder einzuführen, da es aktuell aus dem 1. Bezirk keine Möglichkeit gibt, den unteren Bereich der Mariahilfer Straße mit öffentlichen Verkehrsmitteln zu erreichen.

Trotz der jahrelangen Sperre der U2 zwischen Schottengasse und Karlsplatz wurden einstimmig beschlossene Anträge des Mariahilfer Bezirksparlaments in dieser Legislaturperiode seitens der Stadt Wien bzw. der Wiener Linien regelmäßig abschlägig beschieden. Durch die Einstellung der Arbeiten am Kaufhausprojekt Lamarr in unmittelbarer Nähe des 6. Bezirks (Mariahilfer Straße 12-18) sowie die ungewisse Zukunft über die Weiterführung gibt es nun auch wirtschaftliche Argumente, die für eine Wiedereinführung sprechen. Ein zusätzliches öffentliches Angebot käme nicht nur den Anrainerinnen und Anrainern entgegen, sondern würde auch die Wirtschaft im stadteinwärts gelegenen Teil der Mariahilfer Straße sowie in den angrenzenden Grätzeln beleben.

Gerhard Hammerer

Karl K. Gödde

Bemalung Haydngasse

Die unterfertigten Bezirksrätinnen und Bezirksräte der SPÖ Mariahilfer, Grünen Alternative Mariahilf und von NEOS – Das Neue Österreich und Liberales Forum und von LINKS Mariahilf stellen zur Bezirksvertretungssitzung am 21. März 2024 gemäß § 24 GO-BV folgenden

Antrag

Die Bezirksvertretung Mariahilf möge die zuständigen Stellen des Magistrats ersuchen (MA46 und MA28) in Zusammenarbeit mit der Bezirksentwicklungs- und Mobilitätskommission die Bemalung der Fahrbahn in der Haydngasse zur visuellen Kennzeichnung umzusetzen.

Begründung

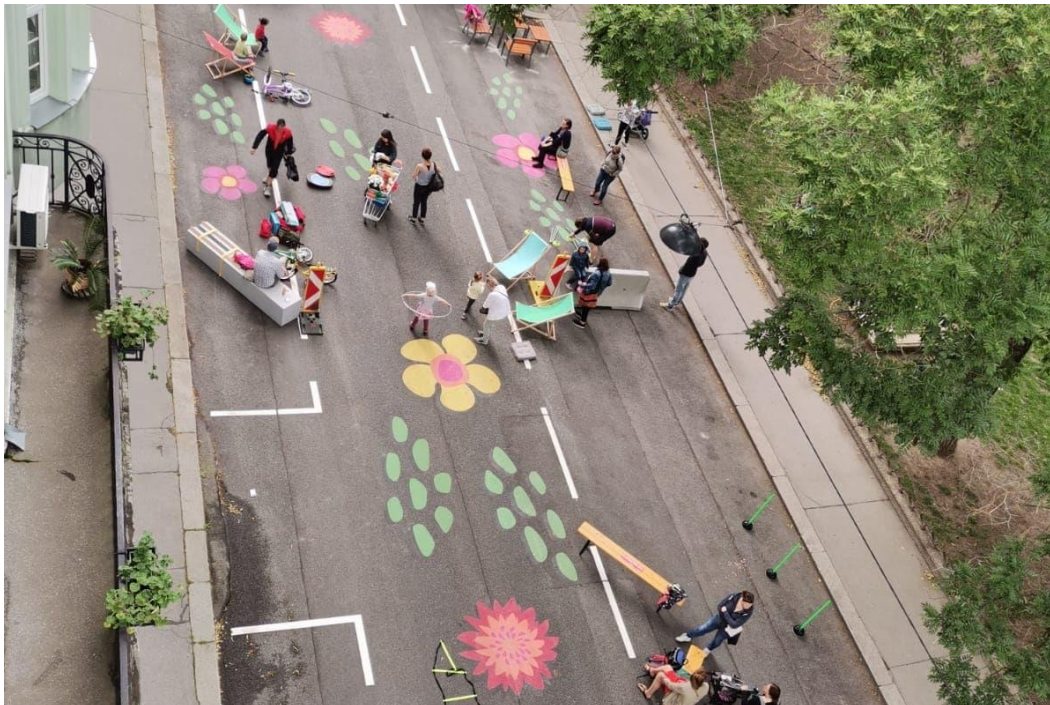
Wohnstraßen sind von der Idee her ein gutes Konzept zur Verkehrsberuhigung von Nebenstraßen: in einer Wohnstraße darf nur zu oder abgefahren werden, und weil in einer Wohnstraße die Fahrbahn auch von Fußgänger*innen betreten werden darf und Kinder auf der Straße spielen dürfen, ist es Autos nur erlaubt im Schrittempo zu fahren.

Aber weil es den Autofahrer*innen leider oft an Kenntnis dieser Wohnstraßenregeln fehlt und weil das Straßenschild leicht übersehen werden kann, werden Wohnstraßen sehr oft zur Durchfahrt genutzt und auch die Geschwindigkeitsbeschränkung wird in der Praxis kaum eingehalten.

Straßenbauliche Maßnahmen wie Fahrbahnverengungen, Vorzeigung der Gehsteige können hier Abhilfe schaffen, sind aber teuer und aufwändig. Eine Bemalung der Fahrbahn bietet hier eine günstige Alternative mit einer ähnlichen Wirkung, die den Autofahrer*innen signalisiert "mach mal langsam hier". In einigen Wiener Wohnstraßen ist die Bemalung schon zum Einsatz gekommen zum Beispiel in der Stagliasse-Gasse und in der Markgraf-Rüdiger-Straße-Langmaissgasse. In der Markgraf-Rüdiger-Straße ist ein dezentes und geschmackvolles Blumenmotiv zum Einsatz gekommen und laut den Initiator*innen vom Verein Space and Place hat "die Bemalung in zwei Richtungen eine Signalwirkung: als ebenso blumiger wie deutlicher Hinweis an Autofahrer*innen, die Wohnstraße nicht als Durchzugsstraße zu missbrauchen, und als freundliche Einladung an Fußgeher*innen, die Wohnstraße als solche zu nutzen."

Die Haydngasse eignet sich dabei mit ihrer Länge und Lage als ideale Wohnstraße wo das Konzept visuelle Kennzeichnung durch Bemalung umgesetzt und dann evaluiert werden kann.

Anhang



Bemalte Mark-Graf-Rüdiger-Straße. Design von der Künstlerin Julia Scharinger-Schöttel

Dr. Carina Karner (LINKS)

Sandro Beer (SPÖ)

Quellen:

<https://spaceandplace.at/strassenbemalung>

<https://bm15blog.wordpress.com/2018/09/10/staglgasse-bemalte-wohnstrasse/>



Autofreie Rahlgasse

Die unterzeichnenden Bezirksrät*innen der Grünen Alternative Mariahilf, SPÖ Mariahilfer, Grünen Alternative Mariahilf, von NEOS – Das Neue Österreich und von LINKS Mariahilf stellen zur Bezirksvertretungssitzung am 21.3.2024 gemäß § 24 GO-BV folgenden

Antrag

Die Bezirksvertretung möge beschließen, die zuständige Stadträtin zu ersuchen, eine solche Umgestaltung der Rahlgasse zu planen und umzusetzen, die den Entfall sämtlicher Kfz-Stellplätze, umfassende Begrünungsmaßnahmen und eine durchgehende Fläche auf einem Niveau anstelle der bisherigen Trennung von Fahrbahn und Gehsteig umfasst. Diese Umgestaltung soll weitgehend der „zweiten Phase“ des Klimateam-Projekts „Rahlgasse NEU: Grüne Lebensoase für Jung und Alt – „Mach‘ mal Pause!“ entsprechen, aber unabhängig von Budget und Prozess des Wiener Klimateams finanziert und umgesetzt werden.

Begründung

Soweit uns bekannt ist, hat die Teilung des Projekts in eine „Minimalvariante (oder erste Phase)“ und eine „Maximalvariante (oder zweite Phase)“ budgetäre Gründe. Dazu ist zunächst festzuhalten, dass das bloße Auflassen von Kfz-Stellplätzen keine Kosten verursacht und daher bereits in der Minimalvariante umgesetzt werden sollte. Darüber hinaus ist anzumerken, dass eine Umgestaltung der Rahlgasse zu einer funktionierenden Wohnstraße mit dem Kollateralnutzen eines im öffentlichen Raum gelegenen Pausenhofs der dort ansässigen Schule nicht erst im Rahmen des Klimateams vorgeschlagen wurde. Es handelt sich um eine langjährige und berechtigte Forderung, die beispielsweise Gegenstand eines Antrags der Grünen Mariahilf vom September 2019 war und deren Umsetzung auch ohne Wiener Klimateam im Rahmen der gewöhnlichen Entscheidungs- und Finanzierungsmechanismen von Stadt und Bezirk möglich gewesen wäre. Es würde den Zielsetzungen des Klimateams widersprechen, wenn der enge Budgetrahmen des Klimateams (20 € pro Bezirksbewohner*in) bewirkt, dass ohnehin bereits als dringlich erkannte Umgestaltungsmaßnahmen durch die Behandlung im Klimateam verglichen mit einer konventionellen Beschlussfassung langsamer oder gar nicht umgesetzt werden.



Abgesehen von den Einreichungen zur Rahlgasse wurden Klimateam-Einreichungen, die in räumlichem Zusammenhang zur Gumpendorfer Straße stehen, im Rahmen des Klimateams abgelehnt, laut Beantwortung eines Antrags der Grünen Mariahilf in der Bezirksvertretungssitzung im September 2023 aber in die Planungsarbeiten zur Umgestaltung der Gumpendorfer Straße einbezogen. Aufgrund der räumlichen Nähe der Rahlgasse wäre diese Vorgehensweise auch hier naheliegend.

Harald Buschbacher

„Wiener Wäldchen“ in Mariahilf

Die unterzeichnenden Bezirksrätinnen und Bezirksräte der SPÖ Mariahilf und Grünen Alternative Mariahilf stellen zur Bezirksvertretungssitzung am 21. März 2024 gemäß § 24 GO-BV folgenden

Antrag

Die Bezirksvertretung möge beschließen, den zuständigen amtsführenden Stadtrat für Klima, Umwelt, Demokratie und Personal Jürgen Czernohorszky unter Mitwirkung der zuständigen Stellen des Magistrats (MA42, MA22 und MA49) zu ersuchen, den Bezirk Mariahilf auf geeignete Flächen für die Realisierung eines „Wiener Wäldchens“ zu prüfen bzw. in Zusammenarbeit mit dem Umweltausschuss die Möglichkeiten zur Umsetzung zu erörtern.

Begründung

Das „Wiener Wäldchen“, das nach der Miyawaki Methode angelegt wird, hat zum Ziel, auf einer verhältnismäßig kleinen Fläche (ca. 150 Quadratmeter) durch gezielte Aufforstung innerhalb von 15 bis 20 Jahren einen sehr kleinen, quasi natürlichen Wald entstehen zu lassen. Mit dieser besonderen Art der Pflanzung kann eine Steigerung der lokalen Artenvielfalt und natürliche Klima-Anpassung auf im innerstädtischen Bereich gefördert werden. Nachdem Mariahilf ein dicht besiedelter Bezirk mit verhältnismäßig wenig Raum für grüne Wildnisflächen ist, soll nach Möglichkeit ein „Wiener Wäldchen“ umgesetzt werden.

Alternative analoge Antragstellung auf dezentrale Bezirkskulturförderung

Die unterzeichnenden Bezirksrät*innen der Grünen Alternative Mariahilf und von NEOS – Das Neue Österreich und Liberales Forum stellen zur Bezirksvertretungssitzung am 21.3.2024 gemäß § 24 GO-BV folgenden

Antrag

Die Bezirksvertretung Mariahilf möge beschließen, die zuständige amtsführende Stadträtin Veronika Kaup-Hasler zu ersuchen, die Kulturabteilung der Stadt Wien (MA 7) zu beauftragen, die erneute Zulassung analoger bzw. „semi-analoger“ Alternativen zur aktuell nur per Online-Formular möglichen Antragstellung auf dezentrale Bezirkskulturförderungen zu prüfen und gegebenenfalls künftig anzubieten.

Begründung

Die dezentrale Bezirkskulturförderung ist eine wichtige finanzielle Stütze für Künstler*innen in den Wiener Gemeindebezirken und ermöglicht eine Vielzahl von künstlerischen und soziokulturellen Initiativen und Projekten, die dazu beitragen, Wien zu einer der lebenswertesten Städte der Welt zu machen.

Die Umstellung der Antragstellung für diese Fördermittel auf eine rein digitale Einreichung per Online-Formular hat dazu geführt, dass nicht wenige Förderwerber*innen sich an Bezirksrätinnen und Bezirksräte und das Büro der Bezirksvorstehung mit der Bitte um Hilfe bei der Antragstellung gewandt haben, da ihnen die technischen Voraussetzungen oder auch Fähigkeiten für einen reinen Online-Antrag fehlen.

Insofern werden besonders ältere oder allgemein digital wenig affine Menschen von einer Antragstellung abgehalten und damit de facto diskriminiert.

Es wird darum dringend ersucht, die bisherigen Wege der möglichen Antragstellung zusätzlich zur Antragstellung per Online-Formular wieder zuzulassen.

Joachim Losehand

Elisabeth Kattinger

Einberufung einer Klimabeiratssitzung

Die unterzeichnenden Bezirksrätinnen und Bezirksräte der Grünen Alternative Mariahilf stellen zur Bezirksvertretungssitzung am 21.03.2024 gemäß § 24 GO-BV folgenden

Antrag

Die Bezirksvertretung möge beschließen, Bezirksvorsteher Markus Rumelhart zu ersuchen, bis spätestens Juni 2024 eine weitere Sitzung des Klimabeirats einzuberufen und mindestens zwei Klimabeiratssitzungen pro Jahr zu ermöglichen.

Begründung

Die letzte Sitzung des Klimabeirats fand am 25.04.2023 statt. Hinsichtlich der Anträge der Grünen Mariahilf zur Nutzung von Erdwärmepotenzialen anlässlich von ohnehin stattfindenden Tiefbauarbeiten (insbesondere der anstehenden Umgestaltung der Gumpendorfer Straße) wurde mehrfach in Aussicht gestellt, dass Bezirksvorsteher Markus Rumelhart den Klimabeirat über die Überlegungen zu diesem Thema im Zuge der Planungen informieren würde. Dazu ist es bis heute nicht gekommen, obwohl die betreffenden Anträge bereits bis zu zwei Jahre zurück liegen und Planungen vermutlich ohne Berücksichtigung von Erdwärmepotenzialen fortschreiten. Zugleich wurde mit der Beantwortung unserer Anfrage vom 24.1.2024 bekannt, dass die immer wieder anstelle einer Erdwärmenutzung ins Treffen geführte Fernwärmeerschließung der Gumpendorfer Straße lediglich eine Ausweitung von 300 auf 320 bis 365 fernwärmeversorgte Gebäude bedeutet. Angesichts der Dringlichkeit der Klimakrise, des Ausstiegs aus russischem Gas (sei es unmittelbar oder mittelbar über die Fernwärme) und der hohen Energiekosten ist der zögerliche Umgang mit diesem Thema für uns nicht nachvollziehbar.

Harald Buschbacher



Runder Tisch Landparteienplatz

Die unterzeichnenden Bezirksrät*innen der Grünen Alternative Mariahilf stellen zur Bezirksvertretungssitzung am 21.3.2024 gemäß § 24 GO-BV folgenden

Antrag

Die Bezirksvertretung Mariahilf möge beschließen, die zuständige amtsf. Stadträtin Ulli Sima zu ersuchen, Vertreter*innen der Bürger*inneninitiative „Freiraum Naschmarkt“, Vertreter*innen des Bauernmarktes, alle Fraktionen der Mariahilfer Bezirksvertretung – vertreten durch von ihnen selbst zu bestimmende Repräsentant*innen aus dem Kreis ihrer Bezirksrät*innen – sowie Bezirksvorsteher Markus Rumelhart zeitnah zu einem Austausch in geeignetem Rahmen (z.B. Runder Tisch) zur Diskussion der Pläne für die Neugestaltung des Landparteienplatzes einzuladen.

Begründung

Die Planungen für die Neugestaltung des Landparteienplatzes haben ohne angemessene Einbindung der umliegenden Bevölkerung sowie der betroffenen Gruppen stattgefunden.

Paul Stein

Sicherheitsdienst Wiener Linien

U6 Gumpendorfer Straße

Die unterzeichnenden Bezirksrätinnen und Bezirksräte der Die Wiener Volkspartei Mariahilf stellen zur Bezirksvertretungssitzung am 21. März 2024 gemäß § 24 GO-BV folgenden

Antrag

Die Bezirksvertretung möge beschließen, den zuständigen Stadtrat Peter Hanke zu ersuchen, sich bei den Wiener Linien dafür einzusetzen, dass ein permanenter Sicherheitsdienst in der U6-Station Gumpendorfer Straße eingerichtet wird.

Begründung

Laut einer Anfragebeantwortung an die ÖVP Mariahilf vom Dezember 2023 waren die Mitarbeiter des Sicherheitsdienstes im ersten Halbjahr 2023 zwischen 10 und 50 Stunden pro Monat in der U6-Station Gumpendorfer Straße im Einsatz. Diese Einsatzzeiten stehen leider in keinem Verhältnis zur Bedeutung der Station im unmittelbaren Umfeld der Drogenberatungseinrichtung Jedmayer sowie zu den dort auftretenden Problemen. Sowohl aus Anrainersicht als auch aus Sicht der Öffi-Benutzer würde ein permanenter Sicherheitsdienst – zumindest an Werktagen – das subjektive Sicherheitsgefühl deutlich verbessern.

Gerhard Hammerer

Öffentliche Toilette Barnabitengasse

Die unterzeichnenden Bezirksrätinnen und Bezirksräte der Die Wiener Volkspartei Mariahilf, der SPÖ Mariahilf, der Grünen Alternative Mariahilf und von NEOS – Das Neue Österreich und Liberales Fourm stellen zur Bezirksvertretungssitzung am 13. Juni 2024 gemäß § 24 GO-BV folgenden

Antrag

Die Bezirksvertretung möge beschließen, die zuständigen Stellen des Magistrats der Stadt Wien (u. a. MA 48, MA 28) im Zusammenwirken mit dem Umweltausschuss zu ersuchen, die Aufstellung einer öffentlichen Toilette im Bereich der Barnabitengasse zu prüfen.

Begründung

Die Forderung nach einer öffentlichen Toilette im Bereich Barnabitengasse / Mariahilfer Straße wurde bei einer Anrainerversammlung am 4. Juni 2024 in der Bezirksvorstehung artikuliert. Im Rahmen des Umweltausschusses sollen mit den Experten des Magistrats die notwendigen Fragen (u.a. konkreter Standort bzw. die Kosten) vor einer möglichen Umsetzung erörtert werden.

Veronika Zimmermann

Entsiegelung Gartenbereich Kindergarten Stiegengasse

Die unterzeichnenden Bezirksrätinnen und Bezirksräte von der SPÖ Mariahilf, der Grünen Alternative Mariahilf und den NEOS - Das Neue Österreich und Liberales Forum stellen zur Bezirksvertretungssitzung am 13.06.2024 gemäß § 24 GO-BV folgenden

Antrag

Die Bezirksvertretung möge beschließen, die zuständigen Stellen der Stadt Wien (MA10, MA 34, MA42, etc.) zu ersuchen, im Kindergarten Stiegengasse Möglichkeiten zur Entsiegelung des derzeit asphaltierten/betonierten Gartenbereiches und Errichtung eines zeitgemäßen versickerungsfähigen, klimafitten Bodenbelages, sowie etwaiger zusätzlicher Begrünungsmaßnahmen zu prüfen.

Entsprechende Vorschläge sollen der Miteinander Leben, Lernen und Gestalten Kommission vorgelegt werden.

Begründung

Notwendig gewordene Sanierungsmaßnahmen im Innenhof des Kindergartens Stiegengasse, im Speziellen den Bodenbelag betreffend, geben den Anlass für eine zeitgemäße Umgestaltung. Ein Großteil des Gartenbereiches weist derzeit einen Asphalt-/Betonbelag auf, der sich lt. Kindergartenleitung bei Sonneneinstrahlung extrem aufheizt und für die Kinder daher eine große Hitzebelastung im Garten bedeutet. Da dieser bestehende Belag bereits zahlreiche Schäden aufweist, ist außerdem die Sturzgefahr erhöht.

Ein versickerungsfähiges, helles Bodenbelagssystem, zudem etwaige zusätzliche Begrünungsmaßnahmen, würden für die Kinder und Pädagog*innen eine große Erleichterung darstellen und scheinen unter allen Aspekten klimafitter Kindergärten als notwendig.

Eine Neugestaltung des Innenhofs sollte den Kindern eine bestmögliche Aufenthaltsqualität bieten und darüber hinaus auch eine Vorbildfunktion haben hinsichtlich kindgerechter und klimawirksamer Freiraumgestaltung.

Anhang



Beschattung Hofbereich Kindergarten Grabnergasse

Die unterzeichnenden Bezirksrätinnen und Bezirksräte von NEOS - Das Neue Österreich und Liberales Forum, der SPÖ Mariahilf und der Grünen Alternative Mariahilf stellen zur Bezirksvertretungssitzung am 13.06.2024 gemäß § 24 GO-BV folgenden

Antrag

Die Bezirksvertretung möge beschließen, die zuständigen Stellen der Stadt Wien (MA10, MA 34, MA 42 etc.) zu ersuchen, Möglichkeiten zur Beschattung des Hofbereiches mittels zeitgemäßer Berankungs-/Bepflanzungssysteme zu prüfen.

Das Ergebnis soll der Miteinander Leben, Lernen und Gestalten Kommission vorgelegt werden.

Begründung

Der gebäudenahen, versiegelten Bereich des Hofes des Kindergartens Grabnergasse wird derzeit mittels einer in die Jahre gekommenen Markise beschattet.

Aufgrund der immer höheren Temperaturen im innerstädtischen Bereich sollte daher insbesondere für die Kinder während ihrer Zeit im Kindergarten eine zeitgemäße natürliche Möglichkeit der Beschattung und damit ein angenehmer Aufenthalt im Hof geschaffen werden.

Pergola-artige Pflanzenranksysteme oder ähnliches würde die Aufenthaltsqualität im Hof wesentlich erhöhen, den Kindern klimafittes Gestalten nahebringen und den Hof zu einem Wohlfühlort machen.

Elisabeth KATTINGER

Jan LIEWEHR

Bastian DE MONTE



Verlängerung Begrünung linke Ufermauer

Die unterzeichnenden Bezirksrät*innen der Grünen Alternative Mariahilf, der SPÖ Mariahilf und NEOS – Das Neue Österreich und Liberales Forum stellen zur Bezirksvertretungssitzung am 13.06.2024 gemäß § 24 GO-BV folgenden

Antrag

Die Bezirksvertretung Mariahilf möge beschließen, die zuständige Stadträtin für Innovation, Stadtplanung und Mobilität Mag.a Ulli Sima zu ersuchen, im Zusammenwirken mit dem Umweltausschuss die Begrünungsmaßnahme entlang des Geländers auf der Linken Wienzeile im Abschnitt Nevillebrücke bis Reinprechtsdorfer Brücke (gegenüber ONr. 142 bis ONr. 150) anhand des Beispiels der seit Herbst 2023 neuen Begrünung der Wienflussmauer im Abschnitt zw. Nevillebrücke und Wackenroderbrücke auszuweiten.

Begründung

Durch die bereits durchgeführte neue Begrünung entlang des Geländers mit Rankpflanzen, 20 Bäumen und Gräserbeeten wurde bereits eine wesentliche Maßnahme zur Kühlung und optischen Aufwertung umgesetzt. Sie verhindert ein Aufheizen der Mauer entlang des Wienflusses und somit auch ein Aufheizen der kühlen Luft, die durch die Frischluftschneise nach Mariahilf gelangt. Eine Verlängerung dieser Begrünungsmaßnahme würde diese positiven Auswirkungen verstärken.

Sabine Pfeifer und Joachim Thaler

Garagenprojekte in Mariahilf

Die unterzeichnenden Bezirksrätinnen und Bezirksräte der Die Wiener Volkspartei Mariahilf, der SPÖ Mariahilf und von NEOS – Das Neue Österreich und Liberales Forum stellen zur Bezirksvertretungssitzung am 13. Juni 2024 gemäß § 24 GO-BV folgenden

Antrag

Die Bezirksvertretung möge beschließen, die zuständige amtsführende Stadträtin Mag.^a Ulli Sima zu ersuchen, mögliche Standorte für Garagenprojekte in Mariahilf zu prüfen.

Begründung

Parkraum ist im innerstädtischen Mariahilf ein knappes Gut, in der letzten Legislaturperiode ist die Zahl der Parkplätze an der Oberfläche im Bezirk laufend reduziert worden. Wenn im Zuge der Neugestaltung der Gumpendorfer Straße nun auch die Wegnahme beider Parkspuren zur Diskussion steht bzw. auch im Bereich des Naschmarkts Parkplätze wegfallen, braucht es Alternativen z.B. durch Schaffung zusätzlicher Garagenplätze im Bezirk.

Karl K. Gödde

Gerhard Hammerer

Leise und umweltfreundlich: 13A als E-Bus

Die unterzeichnenden Bezirksrät*innen der Grünen Alternative Mariahilf, der Die Wiener Volkspartei Mariahilf und von NEOS – Das Neue Österreich und Liberales Forum stellen zur Bezirksvertretungssitzung am 13.06.2024 gemäß § 24 GO-BV folgenden

Antrag

Die Bezirksvertretung möge beschließen, den zuständigen Stadtrat Peter Hanke zu ersuchen, sich bei den Wiener Linien dafür einzusetzen, dass auf der Buslinie 13A ein Testbetrieb mit ein oder zwei batterieelektrischen Gelenkbussen durchgeführt wird. Nach positiver Testphase soll die Linie 13A vollständig und dauerhaft auf batterieelektrische Gelenkbusse umgestellt werden.

Begründung

Der 13A ist für die verkehrstechnische Erschließung des Bezirks von erheblicher Bedeutung. Im besonders dicht verbauten Gebiet ist die Auswirkung von Lärm und Schadstoffen stark zu spüren. Um einer gesundheitlichen Beeinträchtigung der Anrainer*innen entgegenzuwirken und die Buslinien für Fahrgäste und Anrainer*innen umweltfreundlicher, attraktiver und mit weniger Lärmemissionen zu gestalten, erscheint die Umstellung auf E-Betrieb ein unverzichtbares Mittel. Des Weiteren ist die Elektrifizierung der Busse ein wichtiger Schritt, um die Ziele des Pariser Klimaschutzabkommens zu erreichen. Städte wie Köln (seit 2016), Eindhoven (seit 2016) und Amsterdam (seit 2018) zeigen bereits jetzt, dass die technische Machbarkeit einer Umstellung auf E-Betrieb auch bei großen Gelenkbussen wie dem 13A auf längeren Strecken und in größerer Anzahl an Bussen gegeben ist.

Aktuelle batterieelektrische Gelenkbusse haben bereits eine Reichweite von über 500 Kilometern. Dies entspricht deutlich mehr als der erforderlichen Tages-Kilometer-Leistung eines Busses auf der Linie 13A. Somit wären auch keine Schnellladepunkte an den Endstationen notwendig und die kurzen Wendezeiten weiterhin möglich.

Durch die schnellere Beschleunigung gegenüber Dieselnissen ist von einer schnelleren Umlaufzeit auszugehen, weshalb die um rund 20% geringere Kapazität an Stehplätzen wieder ausgeglichen werden kann.

Verglichen mit anderen Buslinien ist der 13A aufgrund der vielen Steigungen für einen Elektrobetrieb prädestiniert, da hier die Rückspeisung von Bremsenergie besonders gut genutzt werden kann und im Verbrennerbetrieb überdurchschnittliche Lärm- und Schadstoffemissionen auftreten.

Harald Buschbacher

Sitzgelegenheiten bei allen künftigen Bushaltestellen entlang der Gumpendorfer Straße

Die unterzeichnenden Bezirksrätinnen und Bezirksräte von NEOS - Das Neue Österreich und Liberales Forum, der Grünen Alternative Mariahilf und der Die Wiener Volkspartei Mariahilf stellen zur Bezirksvertretungssitzung am 13.06.2024 gemäß § 24 GO-BV folgenden

Antrag

Die Bezirksvertretung möge beschließen, die zuständigen Stellen der Stadt Wien (MA 28, MA 46, Wiener Linien, etc.) zu ersuchen, im Zuge der Neugestaltung der Gumpendorfer die Errichtung von ausreichend Sitzgelegenheiten bei allen Bushaltestellen entlang der Gumpendorfer Straße zu prüfen.

Das Ergebnis soll der Bezirksentwicklungs- und Mobilitätskommission vorgelegt werden.

Begründung

Sitzgelegenheiten im Bereich von Haltestellen öffentlicher Verkehrsmittel gehören unserer Meinung nach zu den Grundvoraussetzungen für einen lebenswerten und von allen Bevölkerungsgruppen nutzbaren öffentlichen Raum und eine komfortable Nutzung der öffentlichen Verkehrsmittel.

Das Warten auf die Busse entlang der Gumpendorfer Straße stellt für bestimmte Bevölkerungsgruppen mangels ausreichend Sitzgelegenheiten unnötiger Weise eine große Herausforderung dar.

Im Zuge der Neugestaltung der Gumpendorfer Straße sollten daher unbedingt ausreichend Sitzgelegenheiten bei ALLEN Bushaltestellen entlang der Gumpendorfer Straße errichtet werden.

Elisabeth KATTINGER

Jan LIEWEHR

Bastian DE MONTE

57A Haltestellenüberdachung

Die unterzeichnenden Bezirksrätinnen und Bezirksräte der Die Wiener Volkspartei Mariahilf, der Grünen Alternative Mariahilf und von NEOS – Das Neue Österreich und Liberales Forum stellen zur Bezirksvertretungssitzung am 13. Juni 2024 gemäß § 24 GO-BV folgenden

Antrag

Die Bezirksvertretung möge beschließen, den zuständigen amtsführenden Stadtrat Peter Hanke zu ersuchen, sich bei den Wiener Linien dafür einzusetzen, die Möglichkeit einer Überdachung aller Haltestellen des 57A in der Gumpendorfer Straße zu prüfen.

Begründung

Dieser Wunsch besteht seitens der Bevölkerung seit vielen Jahren, im Juni 2022 hat die ÖVP Mariahilf einen konkreten Antrag für die Haltestelle des 57A bei der Station Getreidemarkt in Richtung Anschützgasse eingebracht. Zum damaligen Zeitpunkt war eine Realisierung nicht möglich, es wurde aber auf das Bürgerbeteiligungsverfahren verwiesen. Gerade die anstehende Neugestaltung der Gumpendorfer Straße bietet eine gute Gelegenheit, die Haltestellen durchgehend mit einer Überdachung zu versehen und dadurch auch die Attraktivität der Buslinie 57A zu erhöhen.

Marcel Flitter

57A Intervallanzeigen

Die unterzeichnenden Bezirksrätinnen und Bezirksräte der Die Wiener Volkspartei Mariahilf, der Grünen Alternative Mariahilf und von NEOS – Das Neue Österreich und Liberales Forum stellen zur Bezirksvertretungssitzung am 13. Juni 2024 gemäß § 24 GO-BV folgenden

Antrag

Die Bezirksvertretung möge beschließen, den zuständigen amtsführenden Stadtrat Peter Hanke zu ersuchen, sich bei den Wiener Linien dafür einzusetzen, dass bei den Stationen des 57A entlang der Gumpendorfer Straße durchgehend Intervallanzeigetafeln eingerichtet werden.

Begründung

Derzeit gibt es nur vereinzelt Intervallanzeigetafeln, Anträge der ÖVP Mariahilf auf Ausweitung wurden von den Wiener Linien bis dato immer abgelehnt. Gerade die anstehende Neugestaltung der Gumpendorfer Straße bietet eine gute Gelegenheit, Intervallanzeigetafeln durchgehen einzurichten und dadurch die Attraktivität der Buslinie 57A zu erhöhen.

Gerhard Hammerer

57A Intervalle

Die unterzeichnenden Bezirksrätinnen und Bezirksräte der Die Wiener Volkspartei Mariahilf, der Grünen Alternative Mariahilf und von NEOS – Das Neue Österreich und Liberales Forum stellen zur Bezirksvertretungssitzung am 13. Juni 2024 gemäß § 24 GO-BV folgenden

Antrag

Die Bezirksvertretung möge beschließen, den zuständigen amtsführenden Stadtrat Peter Hanke zu ersuchen, sich bei den Wiener Linien dafür einzusetzen, dass im Zuge der Neugestaltung der Gumpendorfer Straße die Intervalle der Linie 57A verdichtet bzw. die Betriebszeiten verlängert werden.

Begründung

Dieser Wunsch besteht seitens der Bevölkerung seit vielen Jahren, im März 2021 hat die ÖVP Mariahilf einen konkreten Antrag mit dichteren Intervallen und längeren Betriebszeiten eingebracht.

Unser Vorschlag:

MO-FR: 5:00-6:00 Uhr alle 10 min, 6:00-8.30 Uhr alle 5 min, 8:30-12:00 Uhr alle 7,5 min, 12:00-18:00 Uhr alle 6 min, 18:00-19:30 Uhr alle 7,5 min, 19:30-0:30 Uhr alle 10 min

Zusätzlich soll von MO-SO der letzte Bus um 0:30 Uhr fahren (das wäre eine Verlängerung der Betriebszeit um eine Stunde).

Gerade die anstehende Neugestaltung der Gumpendorfer Straße bietet eine gute Gelegenheit, die Intervalle zu verdichten bzw. die Betriebszeiten zu verlängern und dadurch auch die Attraktivität der Buslinie 57A zu erhöhen.

Marcel Flitter

Smarte Ampeln Gumpendorfer Straße

Die unterzeichnenden Bezirksrätinnen und Bezirksräte der Die Wiener Volkspartei Mariahilf und der SPÖ Mariahilf stellen zur Bezirksvertretungssitzung am 13. Juni 2024 gemäß § 24 GO-BV folgenden

Antrag

Die Bezirksvertretung möge beschließen, die zuständigen Stellen des Magistrats der Stadt Wien (u.a. MA 46) zu ersuchen, die Umstellung der Druckknopfampeln auf „Smarte Ampeln“ im Zuge der Neugestaltung der Gumpendorfer Straße zu prüfen.

Begründung

Nach einer Testphase werden laut Magistrat seit September 2019 die bestehenden Druckknopfampeln schrittweise durch intelligente Ampeln ersetzt. Die Neugestaltung der Gumpendorfer Straße bietet eine gute Gelegenheit, die Umstellung auch in Mariahilf voranzutreiben und dadurch den Komfort und die Verkehrssicherheit für die Fußgängerinnen und Fußgänger zu erhöhen.

<https://digitales.wien.gv.at/projekt/smart-ampeln/>

Maria Blazej

Lückenschluss Blindenleitsystem zwischen Westbahnhof und Christian-Broda- Platz

Die unterzeichnenden Bezirksrät*innen der Grünen Alternative Mariahilf und Die Wiener Volkspartei Mariahilf stellen zur Bezirksvertretungssitzung am 13.06.2024 gemäß § 24 GO-BV folgenden

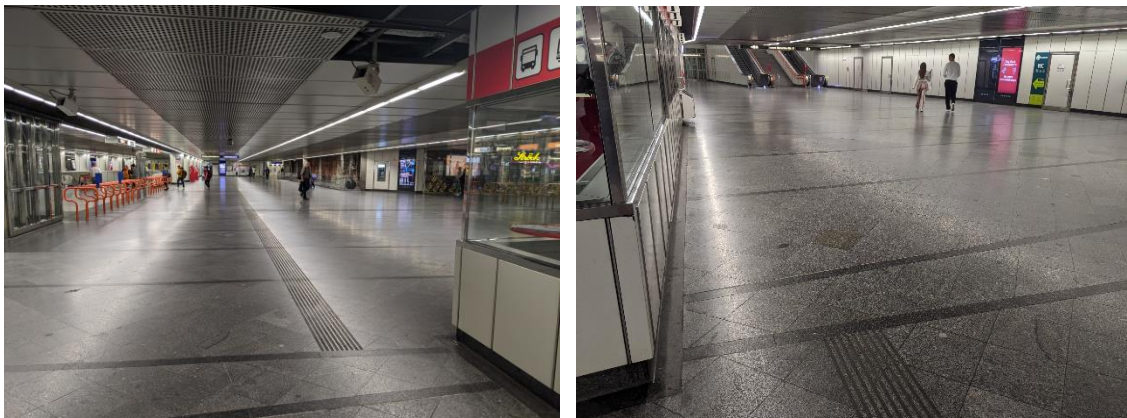
Antrag

Die Bezirksvertretung Mariahilf möge beschließen, den zuständigen Stadtrat Peter Hanke zu ersuchen, sich bei den Wiener Linien dafür einzusetzen, dass Möglichkeiten geprüft werden, das im Untergrund der U-Bahnstation Westbahnhof am Eck neben der Info- und Ticketstelle der Wiener Linien abrupt endende Blindenleitsystem bis zum Christian-Broda-Platz zu verlängern und dass der Frauen-, Gesundheits- und Sozialkommission über das Ergebnis der Prüfung berichtet wird.

Begründung

Das von den Bahnsteigen der U3, U6 und vom Westbahnhof kommende, am Boden entlangführende Blindenleitsystem endet auf dem Weg in Richtung der Aufgänge in die Mariahilfer Straße bzw. zum Christian-Broda-Platz abrupt. Dies stellt eine signifikante Hürde für die Mobilität sehbehinderter Menschen zwischen u.a. dem Mobilitätsknotenpunkt Westbahnhof und unter anderem auch dem 6. Bezirk und dar.

Anhang



Abruptes Ende des Blindenleitsystems aus unterschiedlichen Perspektiven

Joachim Thaler

57A Gelenkbusse

Die unterzeichnenden Bezirksrätinnen und Bezirksräte der Die Wiener Volkspartei Mariahilf und von NEOS – Das Neue Österreich und Liberales Forum stellen zur Bezirksvertretungssitzung am 13. Juni 2024 gemäß § 24 GO-BV folgenden

Antrag

Die Bezirksvertretung möge beschließen, den zuständigen amtsführenden Stadtrat Peter Hanke zu ersuchen, sich bei den Wiener Linien dafür einzusetzen, die die Einsetzbarkeit von E-Gelenkbussen bei allen Haltestellen des 57A in der Gumpendorfer Straße zu prüfen.

Begründung

Die Wiener Linien testen seit 2021 E-Gelenkbusse, die gesamte Flotte soll Zug um Zug umgestellt werden. Gerade die anstehende Neugestaltung der Gumpendorfer Straße bietet eine gute Gelegenheit, auf emissionslosen Antrieb umzustellen und dadurch auch die Attraktivität der Buslinie 57A zu erhöhen.

Marcel Flitter

Aufzuganlage Corneliusgasse

Die unterzeichnenden Bezirksrätinnen und Bezirksräte der Die Wiener Volkspartei Mariahilf stellen zur Bezirksvertretungssitzung am 13. Juni 2024 gemäß § 24 GO-BV folgenden

Antrag

Die Bezirksvertretung möge beschließen, den zuständigen amtsführenden Stadtrat Peter Hanke im Zusammenwirken mit der zuständigen amtsführenden Stadträtin Mag.^a Ulli Sima zu ersuchen, den Bezirk im Rahmen des Projekts Neugestaltung der Gumpendorfer Straße bei der Realisierung der Aufzuganlage in der Corneliusgasse zu unterstützen.

Begründung

Mariahilf hat als Gender Mainstreaming Musterbezirk Anfang der Nuller-Jahre mit einem Aufzug eine barrierefreie Verbindung zwischen der Stiegengasse und der Windmühlgasse geschaffen. Seitens der Anrainer/innen der Corneliusgasse und im Zuge der Bürgerbeteiligung zur Neugestaltung des Bereichs vor der VS Corneliusgasse wurde der Wunsch zur Installierung eines Aufzugs im Bereich der Corneliusstiege geäußert, insbesondere weil die Stiege auch Teil des Schulwegs ist.

Laut Gutachten der zuständigen Fachdienststellen ist die Installierung einer Aufzuganlage von der Corneliusgasse aus gesehen links der Stiege technisch möglich. Da der geschätzte Betrag aufgrund des geringen Bezirksbudgets für Mariahilf nur schwer zu stemmen ist, ersuchen wir um eine Unterstützung seitens der Stadt Wien. Gerade die anstehende Neugestaltung der Gumpendorfer Straße bietet eine gute Gelegenheit, endlich auch einen barrierefreien Zugang auf Höhe der Corneliusgasse zu realisieren.

Gerhard Hammerer

Reinigung Rahlstiege

Die unterzeichnenden Bezirksrätinnen und Bezirksräte der Die Wiener Volkspartei Mariahilf stellen zur Bezirksvertretungssitzung am 13. Juni 2024 gemäß § 24 GO-BV folgenden

Antrag

Die Bezirksvertretung möge beschließen, die zuständigen Stellen des Magistrats der Stadt Wien (u.a. MA 29) zu ersuchen, die Mauern der Rahlstiege zu reinigen.

Begründung

Die Stiegenanlagen sind ein Wahrzeichen und eine Visitkarte des 6. Bezirks, damit verbunden sind deren Erhaltung und regelmäßige Säuberung. Im Zuge des Projekts Rahlgasse neu soll auch der Rahlstiege durch Reinigung der Mauern wieder zu altem Glanz verholfen werden.

Gerhard Hammerer

Errichtung eines Tischtennistisches im Alfred-Grünwald-Park

Die unterzeichnenden Bezirksrätinnen und Bezirksräte von NEOS - Das Neue Österreich und Liberales Forum stellen zur Bezirksvertretungssitzung am 13.06.2024 gemäß § 24 GO-BV folgenden

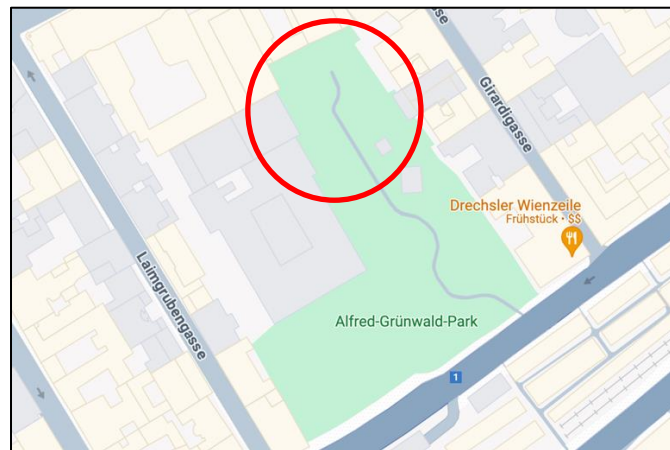
Antrag

Die Bezirksvertretung möge beschließen, die zuständigen Stellen der Stadt Wien (MA 42, etc.) zu ersuchen, in Zusammenarbeit mit der „Miteinander leben, lernen und gestalten“-Kommission die Möglichkeit der Errichtung eines Tischtennistisches im Alfred-Grünwald-Park zu prüfen.

Begründung

Die Mariahilfer Parks sind beliebter Aufenthaltsort für verschiedenste Nutzer*innengruppen und sollten daher auch verschiedenste Spiel- und Bewegungsmöglichkeiten bieten. Im oben genannten Park fehlt die Möglichkeit, Tischtennis spielen zu können. Diese Sportart ist besonders in den dicht bebauten Bezirken eine gute und sehr beliebte Möglichkeit zur körperlichen Betätigung.

Es sollte daher geprüft werden, ob dem Wunsch nach der Errichtung eines Tischtennistisches etwa im nördlichen Teil des gegenständlichen Parks (s. Abb.) nachgekommen werden kann.



(Google Maps)

Bepflanzung Baumscheibe Ecke Webgasse/Liniengasse

Die unterzeichnenden Bezirksrätinnen und Bezirksräte von NEOS - Das Neue Österreich und Liberales Forum stellen zur Bezirksvertretungssitzung am 13.06.2024 gemäß § 24 GO-BV folgenden

Antrag

Die Bezirksvertretung möge beschließen, die zuständigen Stellen der Stadt Wien (MA 42, etc.) zu ersuchen, die Möglichkeiten einer – neuerlichen - Bepflanzung der Baumscheibe Ecke Webgasse/Liniengasse samt Errichtung eines Wiener Gitters zu prüfen.

Das Ergebnis soll der Bezirksentwicklungs- und Mobilitätskommission vorgelegt werden.

Begründung

Derzeit weist die Baumscheibe Ecke Webgasse/Liniengasse keine Bepflanzung mehr auf. Eine Neubepflanzung und die Errichtung eines Wiener Gitters zu deren Schutz scheint daher sehr wünschenswert, um den öffentlichen Raum auch an dieser Kreuzung attraktiver zu gestalten.

Anhang



Sanierungs- und Gestaltungsmaßnahmen der vom Fernwärme Ausbau betroffenen Straßen

Die unterzeichnenden Bezirksrätinnen und Bezirksräte von der SPÖ Mariahilf, der Grünen Alternative Mariahilf, der Die Wiener Volkspartei Mariahilf sowie von NEOS – Das Neue Österreich und Liberales Forum stellen zur Bezirksvertretungssitzung am 26.09.2024 gemäß § 24 GO-BV folgenden

Antrag

Die Bezirksvertretung Mariahilf möge beschließen, die zuständige Stadträtin Mag.a Ulli Sima - Amtsführende Stadträtin für Innovation, Stadtplanung und Mobilität zu ersuchen die zuständigen Stellen der Stadt Wien (MA 46, MA 28, MA 19) zu beauftragen, für die von den Grabungsarbeiten der Fernwärme betroffenen Straßen im Rahmen der Wiederherstellung, eine attraktive, klimafitte und zeitgemäße Oberflächengestaltung zu prüfen, zu planen und umzusetzen.

Begründung

Nach umfangreichen Bauarbeiten muss eine Wiederherstellung der Verkehrsflächen den Bedürfnissen der Nutzer*innen und den gestalterischen Qualitäten der Zeit entsprechen. Insbesondere bedarf es einer Erhöhung der Verkehrssicherheit auf den Geh- und Radwegen, sowie Baumpflanzungen, Begrünungsmöglichkeiten und eine Verbesserung der Aufenthaltsqualität im gesamten Verlauf der betroffenen Straßenzüge.

Eine Anpassung auf die hohe Frequenz der Fußgänger*innen-Ströme soll hergestellt werden. Es soll unter Einbeziehung der direkt betroffenen Anrainer*innenschaft eine zeitgemäße, klimafitte und einheitliche Gestaltung der Straßenabschnitte erzielt werden. Zudem soll eine Verkehrsberuhigung, unter Bedacht etwaiger Umleitungssystem im Zuge der Umgestaltung der Gumpendorfer Straße, überprüft werden.

Laut MA 28 sind in den angeführten Straßen Sanierungsarbeiten nach Abschluss langjähriger Baustellen und des im Zuge der Initiative „Raus aus Gas“ stattfindenden ein Fernwärme-Ausbau notwendig. Die Intention dieses Antrages ist es in Vorbereitung dieser Maßnahmen eine Überprüfung, Neubewertung und Anpassung an das Nutzungsverhalten und den dafür notwendigen Platzbedarf, gemäße Umgestaltung, unter Rücksichtnahme auf Anrainer*innen-Parkplätze, Einfahrten, Lieferzonen und Schanigärten, zu veranlassen.

Da beispielsweise die Joanelligasse, Luftbadgasse und Windmühlgasse kaum Begrünung aufweist, soll die Neugestaltung auch in Hinblick auf die Notwendigkeiten der Klimawandelanpassung eine Überprüfung erfahren und Begrünungs- bzw. Bepflanzungspotenziale aufgezeigt und unter Beteiligung der betroffenen Grätzl-Nachbarschaft geplant und umgesetzt werden.



Evaluierung Verkehrssicherheit Mariahilfer Straße

Die unterzeichnenden Bezirksrätinnen und Bezirksräte von der SPÖ Mariahilf, der Grünen Alternative Mariahilf, der Die Wiener Volkspartei Mariahilf und von NEOS – Das Neue Österreich und Liberales Forum stellen zur Bezirksvertretungssitzung am 26.09.2024 gemäß § 24 GO-BV folgenden

Antrag

Die Bezirksvertretung Mariahilf möge beschließen, die zuständige Stadträtin Mag.a Ulli Sima - Amtsführende Stadträtin für Innovation, Stadtplanung und Mobilität zu ersuchen, die Situation auf der Mariahilfer Straße mit Ihren jeweiligen Abschnitten betreffend Verkehrssicherheit, insbesondere des Rad- und Scooterverkehrs zu evaluieren und gegebenenfalls ein Sicherheitskonzept (z.B. Hinweistafeln) zu erarbeiten.

Begründung

Die Mariahilfer Straße ist seit rund 10 Jahre neugestaltet und wird von den Besucher*innen und der Bevölkerung gut genutzt. In ihren Abschnitten (Begegnungs- und Fußgängerzonen) kommt es jedoch vermehrt zu gefährlichen Situationen besonders mit verkehrsschwachen Personengruppen. Im Speziellen wird der Radverkehr und der Scooterverkehr immer wieder als Gefahrenquelle genannt, die manche Nutzer*innengruppen bzgl. Geschwindigkeit und Fahrverhalten verunsichern. Nach 10 Jahren ist es Zeit eine Überprüfung der Verkehrssicherheit durchzuführen und ein, auf das Nutzungsverhalten aller Verkehrsteilnehmer*innen, angepasstes Verkehrskonzept zu prüfen. Zudem ist die künftige Entwicklung z.B. mit umliegenden „Radstraßen“ und etwaiger Abänderungen der Verkehrsflüsse, der U-Bahn-Ausbau, sowie Adaptionen digitaler Navigationssysteme, die durch die Mariahilfer Straße führen, zu berücksichtigen. Die Mariahilfer Straße mit Ihren Begegnungs- und Fußgängerzonen muss Platz und Sicherheit für alle Verkehrsteilnehmer*innen bieten.

Geschwindigkeitsanzeige in den Fußgänger*innenzonenabschnitten der Mariahilfer Straße

Die unterzeichnenden Bezirksrät*innen der Grünen Alternative Mariahilf, der SPÖ Mariahilf, der Die Wiener Volkspartei Mariahilf sowie von NEOS – Das Neue Österreich und Liberales Forum stellen zur Bezirksvertretungssitzung am 26.9.2024 gemäß § 24 GO-BV folgenden

Antrag

Die Bezirksvertretung Mariahilf möge beschließen, die zuständigen Stellen des Magistrats der Stadt Wien (insbesondere MA 46) zu ersuchen, in der Fußgänger*innenzone Mariahilfer Straße, insbesondere im Bereich der U-Bahn-Baustelle, die Anbringung von Geschwindigkeitsanzeigen zu prüfen, welche beispielsweise ab 8 km/h oder 10 km/h optisch darauf hinweisen, dass die zulässige Geschwindigkeit („Schrittgeschwindigkeit“) überschritten wird.

Begründung

Aufgrund von Unfällen und der Verunsicherung bzw. Belästigung von Fußgänger*innen durch zu schnell fahrende Verkehrsteilnehmer*innen sollen diese wirksamer auf die geltende Geschwindigkeitsbeschränkung hingewiesen werden.

Harald Buschbacher

Alternative Sitzgelegenheiten

Die unterzeichnenden Bezirksrätinnen und Bezirksräte der Die Wiener Volkspartei Mariahilf, der SPÖ Mariahilf, der Grünen Alternative Mariahilf sowie von NEOS – Das Neue Österreich und Liberales Forum stellen zur Bezirksvertretungssitzung am 26. September 2024 gemäß § 24 GO-BV folgenden

Antrag

Die Bezirksvertretung möge beschließen, den zuständigen amtsführenden Stadtrat Peter Hanke zu ersuchen, sich bei den Wiener Linien im Zusammenwirken mit der Bezirksentwicklungs- und Mobilitätskommission dafür einzusetzen, alternative Sitzgelegenheiten bei den Stationen des 13A, 14A bzw. 57A in Mariahilf zu prüfen.

Begründung

Anträge für Haltestellenüberdachungen inklusive Sitzgelegenheit wurden seitens der Wiener Linien wiederholt mit dem Argument zu geringer Gehsteigbreiten zurückgewiesen. In Spanien wurden Lösungen im öffentlichen Raum entwickelt, die auch bei geringen Gehsteigbreiten umsetzbar sind.

Anhang



Gerhard Hammerer

Begrünung Linke Wienzeile

Die unterzeichnenden Bezirksrät*innen der Grünen Alternative Mariahilf, der SPÖ Mariahilf, der Die Wiener Volkspartei Mariahilf und von NEOS – Das Neue Österreich und Liberales Forum stellen zur Bezirksvertretungssitzung am 26.9.2024 gemäß §24 GO BV folgenden

Antrag

Die Bezirksvertretung Mariahilf möge beschließen, die zuständigen Stellen des Magistrats der Stadt Wien (MA 28, MA 42 u.a.) zu ersuchen, an der Linken Wienzeile vor der ONr. 110 mögliche Baumpflanzungen und Begrünungen im Bereich des verbreiterten Gehwegs zu überprüfen und gegebenenfalls umzusetzen (siehe Anhang).

Begründung

Gerade im dichtverbauten Stadtgebiet ist es in Zeiten des Klimawandels essentiell, jede Möglichkeit einer Begrünung zu nutzen und der steigenden Stadterwärmung entgegenzuwirken. Durch die Verlängerung der Begrünung in diesem Bereich kann die Temperatur im Sommer gesenkt werden und die Luftqualität und somit die Lebensqualität verbessert werden. Der durch Hitze schwer belastete Bereich in der Nähe der Kreuzung Linke Wienzeile/Pilgrambrücke und die dort befindliche Busstation müssen dringend entlastet werden.

Anhang



Foto: Markierung des zu begrünenden Bereichs

Andrea Nussbaumer

Aufzuganlage Corneliusgasse

Die unterzeichnenden Bezirksrätinnen und Bezirksräte der Die Wiener Volkspartei Mariahilf, der SPÖ Mariahilf, der Grünen Alternative Mariahilf sowie von NEOS – Das Neue Österreich und Liberales Forum stellen zur Bezirksvertretungssitzung am 26. September 2024 gemäß § 24 GO-BV folgenden

Antrag

Die Bezirksvertretung möge beschließen, die zuständigen Stellen des Magistrats der Stadt Wien (u.a. MA 28, MA 29, MA 34, MA 46) zu ersuchen, einen aktualisierten Projektvorschlag inklusive Kostenschätzung für eine Aufzuganlage im Bereich der Corneliusgasse / Corneliusstiege auszuarbeiten.

Begründung

Mariahilf hat als Gender Mainstreaming Musterbezirk Anfang der Nuller-Jahre mit einem Aufzug eine barrierefreie Verbindung zwischen der Stiegengasse und der Windmühlgasse geschaffen. Im Jahr 2015 wurde seitens der Anrainer/innen der Corneliusgasse erstmals der Wunsch zur Installierung eines Aufzugs im Bereich der Corneliusstiege geäußert und im Zuge der Bürgerbeteiligung zur Neugestaltung des Bereichs vor der Volksschule Corneliusgasse bekräftigt.

Nach der einstimmigen Annahme eines Mehrparteiantrags auf Ausarbeitung eines Projektvoranschlages im März 2019 hat die zuständige Fachdienststelle die technische Machbarkeit links der Stiege bestätigt und eine Kostenschätzung in Höhe von 630.000 Euro übermittelt. Da dieser Betrag aufgrund des geringen Bezirksbudgets für Mariahilf nur schwer zu stemmen ist, wurde in weiterer Folge mehrfach um eine Unterstützung seitens der Stadt Wien u.a. durch Aufnahmen in das Gemeindepaket der Bundesregierung ersucht.

Auch wenn die Rückmeldungen bis dato noch nicht positiv ausgefallen sind, nimmt die Mariahilfer Bezirksvertretung die Neugestaltung der Gumpendorfer Straße sowie den medialen Hype durch die Fans von Taylor Swift in der „Cornelia Street“ zum Anlass, einen neuerlichen Versuch zu starten. Diesbezüglich sollen in einem ersten Schritt die Planungen bzw. Kostenschätzungen aktualisiert werden.

Gerhard Hammerer

Photovoltaik öffentliche Gebäude

Die unterzeichnenden Bezirksrätinnen und Bezirksräte der Die Wiener Volkspartei Mariahilf, der SPÖ Mariahilf, der Grünen Alternative Mariahilf sowie von NEOS – Das Neue Österreich und Liberales Forum stellen zur Bezirksvertretungssitzung am 26. September 2024 gemäß § 24 GO-BV folgenden

Antrag

Die Bezirksvertretung möge beschließen, die zuständige Vizebürgermeisterin Kathrin Gaál zu ersuchen, den aktuellen Stand der Wiener Sonnenstrom-Offensive im Hinblick auf die Anbringung von Photovoltaikanlagen auf den Dächern der städtischen Wohnhausanlagen in Mariahilf zu übermitteln.

Begründung

Die ÖVP Mariahilf hat im Dezember 2022 einen Antrag zum Einsatz von Photovoltaik auf den Dächern der städtischen Wohnhausanlagen in Mariahilf eingebracht, der im Umweltausschuss diskutiert wurde. Gerade in den Innen-Gürtel-Bezirken brauchen wir mittelfristig den Ausbau erneuerbarer Energien; hier sehen wir die Stadt Wien in einer Vorreiterrolle. Im Rahmen einer schriftlichen Stellungnahme teilte Gaál mit, dass öffentliche Gebäude auf Eignung geprüft würden. Die Bezirksvertretung ersucht die zuständige Vizebürgermeisterin, über den aktuellen Stand zu berichten und erneuert den Wunsch, das Potenzial der städtischen Wohnhausanlagen zu nutzen.

Marcel Flitter

Korrektur des Eintrags der Geschwindigkeit für Radfahrer*innen auf der Mariahilfer Straße in der Graphenintegrationsplattform

Die unterzeichnenden Bezirksrät*innen der Grünen Alternative Mariahilf, der SPÖ Mariahilf sowie von NEOS – Das Neue Österreich und Liberales Forum stellen zur Bezirksvertretungssitzung am 26.9.2024 gemäß § 24 GO-BV folgenden

Antrag

Die Bezirksvertretung Mariahilf möge beschließen, die zuständigen Stellen des Magistrats der Stadt Wien (insbesondere die MA 46) zu ersuchen, sich dafür einzusetzen, dass in der Graphenintegrationsplattform (GIP) im Bereich der Fußgänger*innenzone der Mariahilfer Straße eine Geschwindigkeit für Radfahrer*innen eingetragen wird, die der erlaubten Geschwindigkeit in einer Fußgänger*innenzone („Schrittgeschwindigkeit“) angemessen ist.

Begründung

Die Graphenintegrationsplattform (GIP) ist die zentrale Datenquelle für zumindest die auf Basis der Verkehrsauskunft Österreich von der öffentlichen Hand bereitgestellten Routenplanungs- und Fahrplaninformationssysteme, möglicherweise wird sie aber auch von weiteren, kommerziellen Routenplanern genutzt. Anlässlich der in der letzten Bezirksvertretungssitzung eingebrachten Anträge zur Verkehrssicherheit in der Mariahilfer Straße durchgeführte Recherchen haben ergeben, dass die Fußgänger*innenzonen-Abschnitte in der Mariahilfer Straße in der GIP mit einer Geschwindigkeit für Radfahrer*innen von 18 km/h hinterlegt sind. Dies bewirkt, dass für manche Quell-Ziel-Beziehungen eine Route über die Mariahilfer Straße (einschließlich Fußgänger*innenzone) vorgeschlagen wird, obwohl eine andere Route bei legaler Fahrweise schneller und für das Verkehrsgeschehen auf der Mariahilfer Straße vorteilhafter wäre.

Anhang

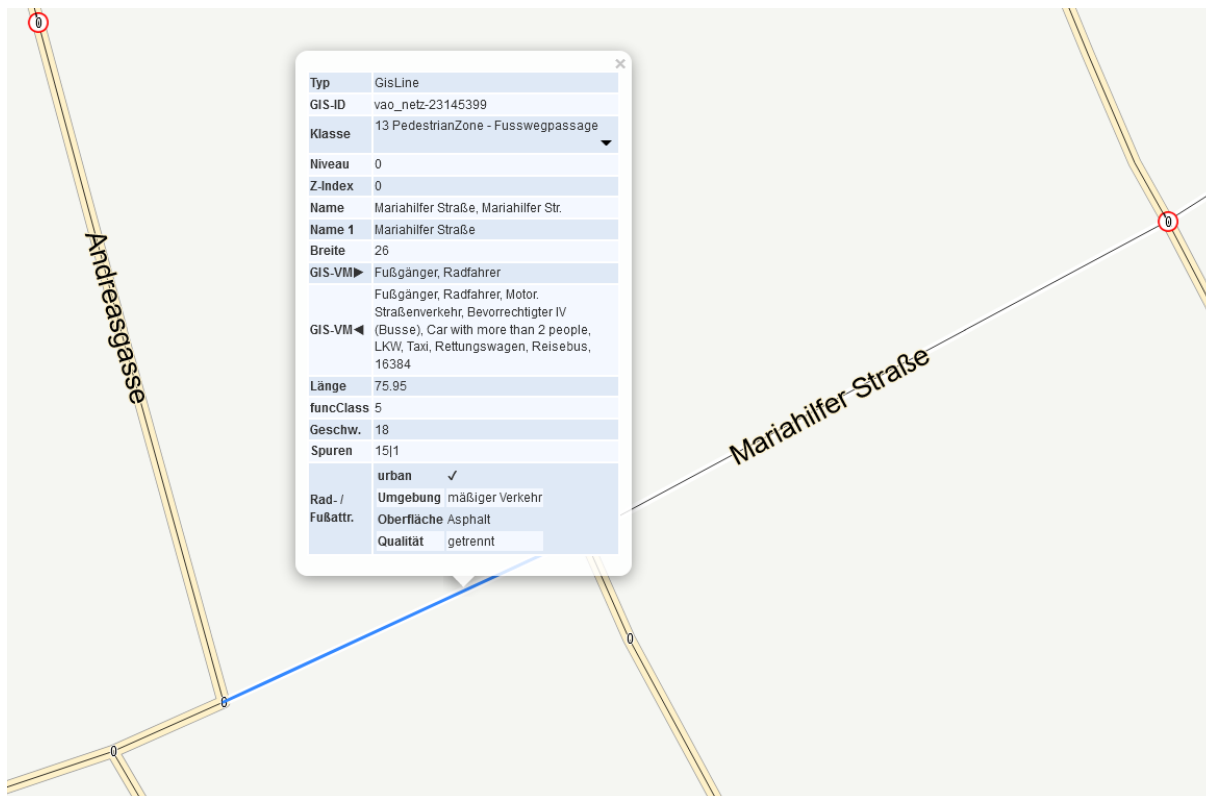


Abbildung 1: Screenshot aus der Graphenintegrationsplattform (GIP), Stand 5.7.2024

F SFR 15:11

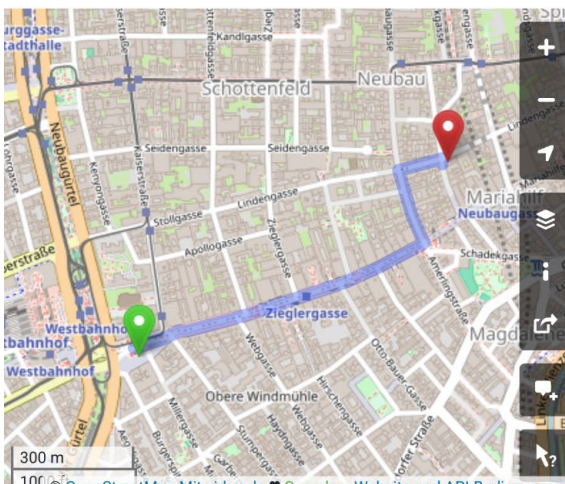
OpenStreetMap

Routenanweisungen:

Distanz: 1.1km. Zeit: 0:04.

1. Auf Mariahilfer Straße Richtung Nordosten radeln. 800m
2. Links auf Neubaugasse abbiegen. 190m
3. Rechts auf Lindengasse abbiegen. 110m
4. Rechts auf Zollergasse abbiegen. 10m
5. Ziel befindet sich auf der linken Seite.

Routenanweisungen stammen von [Valhalla \(FOSSGIS\)](#)



300 m
100° © OpenStreetMap Mitwirkende ♥ Spenden. Website und API-Bedingungen

openstreetmap.org/directions?engine

F SFR 15:10

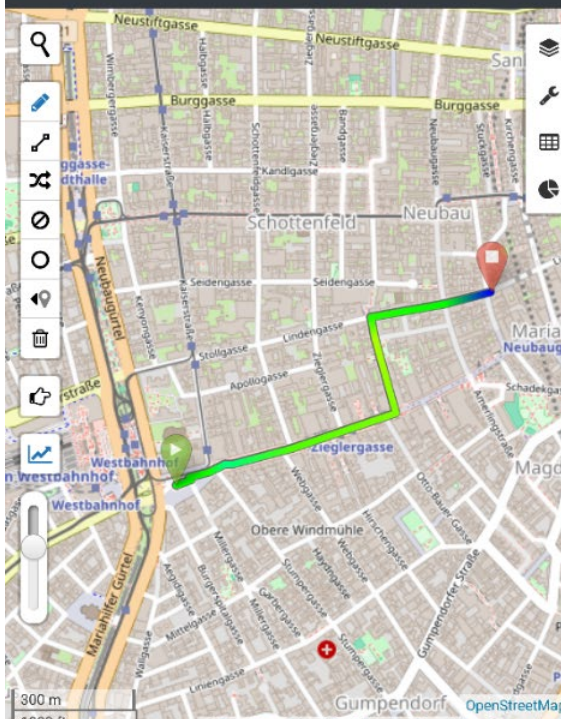
BRouter-Web 0.18.1

Rennrad, Original

Export

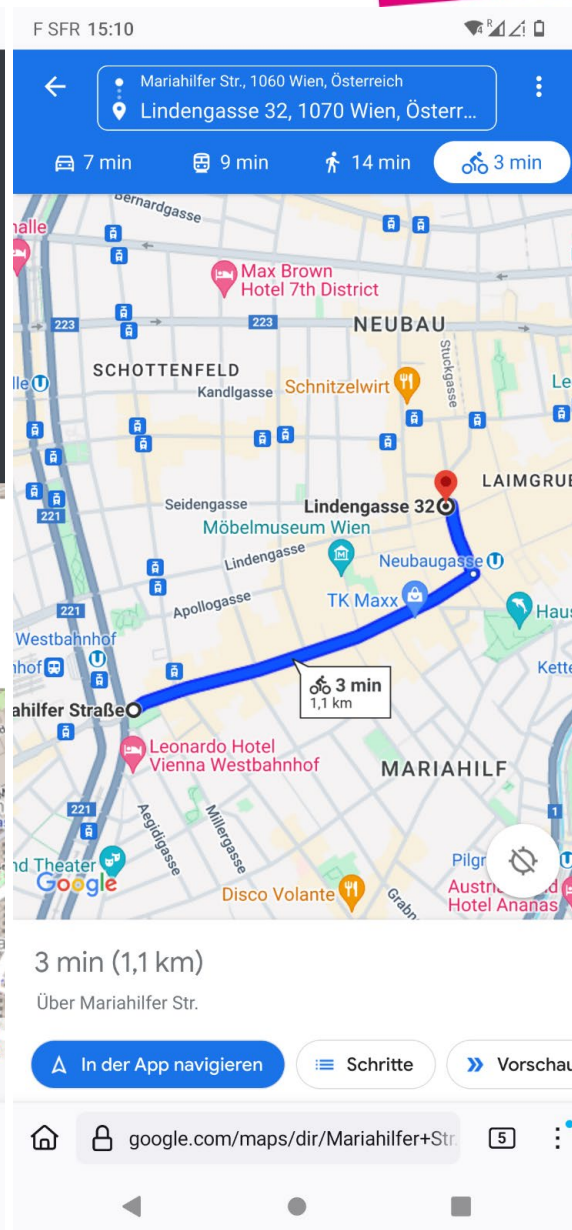
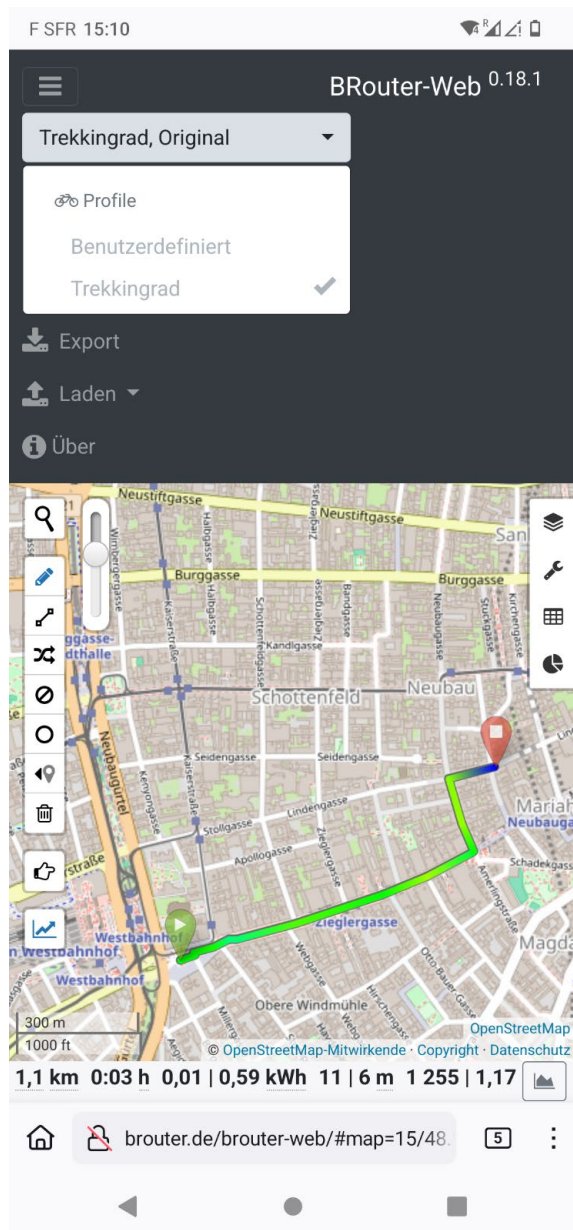
Laden

Über



1,1 km 0:03 h 0,01 | 0,58 kWh 11 | 6 m 2 055 | 1,85

brouter.de/brouter-web/#map=15/48.



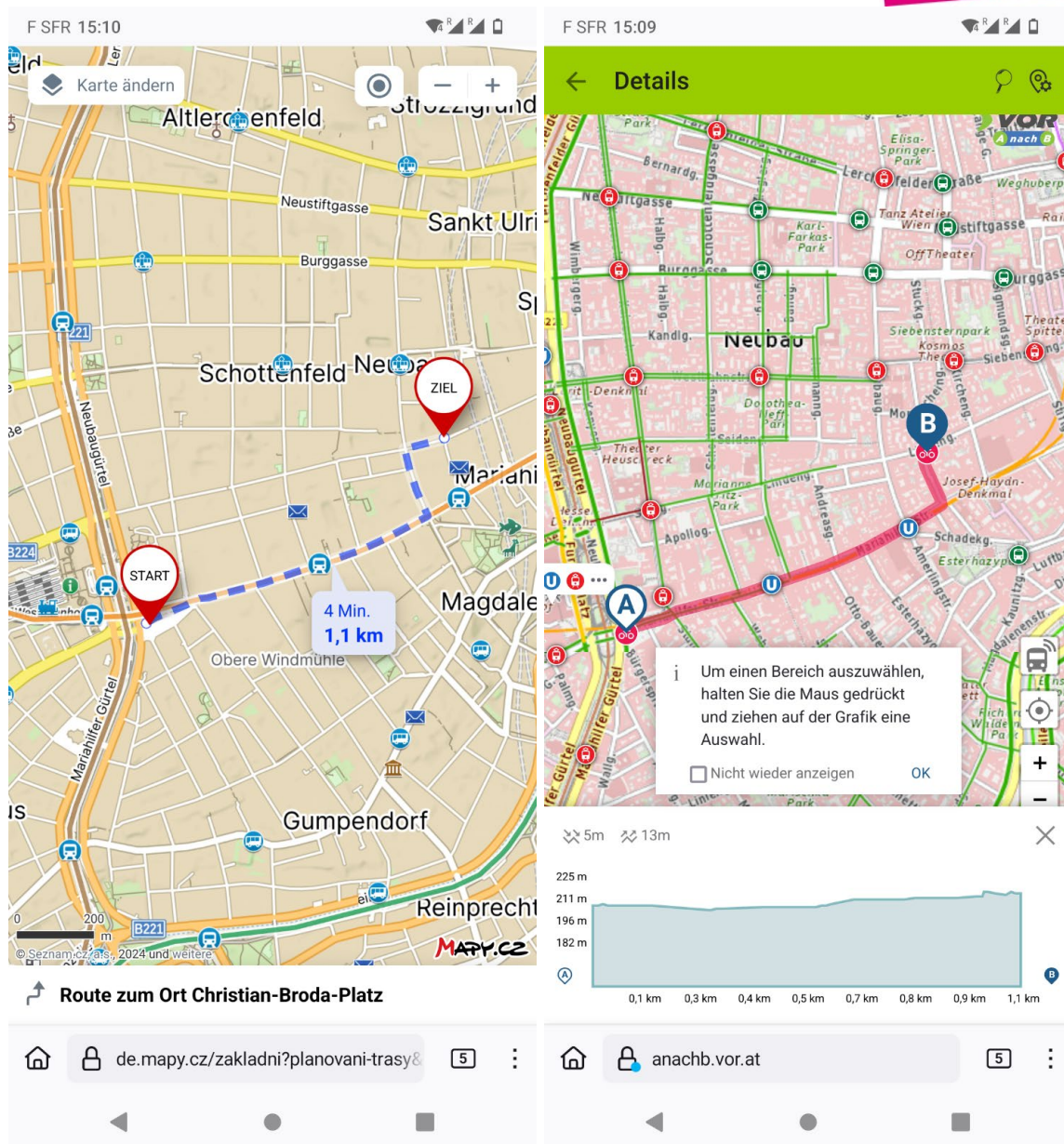


Abbildung 2: Screenshots ausgewählter Routenplaner

Harald Buschbacher

Ausweitung Grätzl-Ladezone Mariahilf

Die unterzeichnenden Bezirksrät*innen der SPÖ Mariahilf, der Die Wiener Volkspartei Mariahilf und von NEOS – Das Neue Österreich und Liberales Forum stellen zur Bezirksvertretungssitzung am 26.09.2024 gemäß § 24 GO-BV folgenden

Antrag

Die Bezirksvertretung Mariahilf möge beschließen, die zuständige Stadträtin Mag.a Ulli Sima - Amtsführende Stadträtin für Innovation, Stadtplanung und Mobilität zu ersuchen, unter Einbeziehung aller relevanten Magistratsdienststellen sowie der Bezirksentwicklungs-, und Mobilitätskommission den Rahmen für die Ausweitung des Projekts Grätzl-Ladezone Mariahilf zu schaffen, und somit eine Implementierung auf der Gumpendorfer Straße zu ermöglichen.

Begründung

Der Bezirk Mariahilf, die Wirtschaftskammer sowie die Technische Universität Wien haben ihm Rahmen eines Pilotprojektes die Grätzl-Ladezone, an den Standorten Loquaipplatz 9 und Windmühlgasse 28 in Mariahilf bis Ende 2023 getestet.

Im Fokus dieses Pilotprojekts stand

Ladezonen-Management, in dem der lokale Lieferverkehr in Bezug auf Menge, Zeitpunkt und Fahrzeugtyp branchenspezifisch erhoben wurde, um anschließend die Ladezonen strategisch und bedarfsgerecht verteilen zu können. Weiters besteht auch für Anrainer*innen die Möglichkeit in diesen Zonen zu halten und Ladetätigkeiten durchzuführen.

Ziel ist es eine gemeinsame Ladetätigkeit sowohl für Betriebe als auch für Private in der Grätzl-Ladezone abzubilden, eine effektive Nutzung des öffentlichen Raumes durch optimierte Lademöglichkeiten sowie ein geringerer Sucherverkehr sollen angestrebt werden. Das Halten in 2. Spur oder auf Gehsteigvorziehungen soll damit unterbunden werden (auch die Situation von Kleintransporteur*innen in der Paketzustellung soll hierbei verbessert werden).

Die Erkenntnisse aus dem bereits evaluierten Pilotprojekt sollen in die Planung zur Ausweitung auf der Gumpendorfer Straße einbezogen werden.

Anhang



<https://ladezone.project.tuwien.ac.at/>

Liegenschaft Mollardgasse 8

Die unterzeichnenden Bezirksrätinnen und Bezirksräte der Die Wiener Volkspartei Mariahilf und der SPÖ Mariahilf stellen zur Bezirksvertretungssitzung am 26. September 2024 gemäß § 24 GO-BV folgenden

Antrag

Die Bezirksvertretung möge beschließen, die zuständige Stellen des Magistrats der Stadt Wien (u.a. MA 34) zu ersuchen, der Bezirksvertretung den aktuellen Stand zum Thema barrierefreie Erschließung in Bezug auf die Liegenschaft Mollardgasse 8 zu übermitteln.

Begründung

ÖVP Mariahilf und SPÖ Mariahilf haben in einem gemeinsamen Antrag Vizebürgermeisterin Kathrin Gaál ersucht, den Eingangsbereich des Gebäudes Mollardgasse 8 so zu gestalten, dass auch Menschen mit besonderen Bedürfnissen in dieses Gebäude gelangen können. Das Gebäude beinhaltet u.a. das Mariahilfer Bezirksmuseum, der Antrag wurde einstimmig angenommen. Im Mai 2023 teilte Gaál in Ihrer Beantwortung mit, dass ein Maßnahmenpaket erarbeitet wurde und in den folgenden Monaten Abstimmungen mit den verantwortlichen Stellen insbesondere im Hinblick auf die Finanzierung stattfinden. Als nächste Projektierungsschritte würden die Entwurfsplanung und die Kostenermittlung ins Auge gefasst. Die Bezirksvertretung ersucht die zuständige Vizebürgermeisterin, über den aktuellen Stand zu berichten und erneuert den Wunsch, die barrierefreie Erschließung zeitnah umzusetzen.

Maria Blazej

Einheitliche Gestaltung und Begrünung von Müllsammelinseln

Die unterzeichnenden Bezirksrätinnen und Bezirksräte von der SPÖ Mariahilf und sowie von NEOS – Das Neue Österreich und Liberales Forum stellen zur Bezirksvertretungssitzung am 26.09.2024 gemäß § 24 GO-BV folgenden

Antrag

Die Bezirksvertretung Mariahilf möge beschließen, die zuständigen Stellen der Stadt Wien (MA 48) zu ersuchen eine einheitliche Gestaltung bzw. Umhausung der Müllsammelstellen im 6. Bezirk und deren mögliche Begrünung zu prüfen.

Begründung

Der oftmals sehr wenig ansprechende und ungeordnet erscheinende Anblick der Müllsammelinseln ist in anderen Gemeinden durch eine einheitlich gestaltete Umhausung der Müllbehälter gelöst worden. Eine ästhetischere Erscheinung der Sammelinseln erhöht auch die Chance für eine verantwortungsbewusstere Handhabung der Benutzer*innen. Mit einer z.B. am Otto-Wagner-Stil orientierten Gestaltung kann das städtische Erscheinungsbild verbessert werden und an die in Mariahilf historisch bedeutsame Jugendstil Bebauung anknüpfen. Es soll weiters das Potenzial einer etwaigen Bepflanzung der Müllinsel-Umhausungen überprüft werden, um auch hier den Ansprüchen einer klimafitten Umgebung zu genügen.

Leseförderungsaktion „Lesen im Park“

Die unterzeichnenden Bezirksrätinnen und Bezirksräte der Die Wiener Volkspartei Mariahilf, der Grünen Alternative Mariahilf, der SPÖ Mariahilf sowie von NEOS – Das Neue Österreich und Liberales Forum stellen zur Bezirksvertretungssitzung am 26. September 2024 gemäß § 24 GO-BV folgenden

Antrag

Die Bezirksvertretung möge beschließen, den zuständigen Vizebürgermeister Christoph Wiederkehr im Zusammenwirken mit der Miteinander leben, lernen, gestalten Kommission zu ersuchen, die Durchführung von „Lesen im Park“ im Sommer 2025 in einer Mariahilfer Parkanlage zu prüfen.

Begründung

Seit dem Jahr 1981 finden im Rahmen des wienXtra-ferienspiels außerschulische Leseförderungsaktionen in Wiener Parkanlagen statt. „Lesen im Park 2024“ wurde heuer an insgesamt fünf Standorten, darunter z.B. im Auer-Welsbach-Park, durchgeführt. Im kommenden Jahr soll auch eine Mariahilfer Parkanlage diese Leseförderaktion für Kinder von 3 bis 10 Jahren anbieten. Im Rahmen der Kommission sollen geeignete Standorte identifiziert sowie die vorbereitenden Schritte für eine Aufnahme auf der Liste getätigt werden.

[Lesen im Park \(jugendliteratur.at\)](https://jugendliteratur.at)

Maria Blazej

Temposchwellen im Baustellenbereich der Mariahilfer Straße

Die unterzeichnenden Bezirksrät*innen der Grünen Alternative Mariahilf sowie von NEOS – Das Neue Österreich und Liberales Forum stellen zur Bezirksvertretungssitzung am 26.9.2024 gemäß § 24 GO-BV folgenden

Antrag

Die Bezirksvertretung Mariahilf möge beschließen, die zuständigen Stellen des Magistrats der Stadt Wien (MA 46, MA 28) zu ersuchen, zu prüfen, ob in der Fußgänger*innenzone Mariahilfer Straße, insbesondere im Bereich der U-Bahn-Baustelle, Temposchwellen angebracht werden können, die geeignet sind, um erhebliche Überschreitungen der zulässigen Geschwindigkeit („Schrittgeschwindigkeit“) wirksam hintanzuhalten, zugleich aber keine unverhältnismäßigen Nachteile oder Risiken für Fußgänger*innen und mobilitätseingeschränkte Personen bewirken.

Begründung

Aufgrund von Unfällen und der Verunsicherung bzw. Belästigung von Fußgänger*innen durch zu schnell fahrende Verkehrsteilnehmer*innen sollen Maßnahmen geprüft werden, die regeltreuen Verkehrsteilnehmer*innen möglichst wenig Nachteile bringen, rücksichtslose Verkehrsteilnehmer*innen jedoch wirksam in die Schranken weisen.

Harald Buschbacher

Schutzweg über die Linke Wienzeile am oberen Ende des Parks am bisherigen Naschmarktparkplatz

Die unterzeichnenden Bezirksrät*innen der Grünen Alternative Mariahilf stellen zur Bezirksvertretungssitzung am 26.9.2024 gemäß § 24 GO-BV folgenden

Antrag

Die Bezirksvertretung Mariahilf möge beschließen, die zuständigen Stellen des Magistrats der Stadt Wien (MA28, MA46) zu ersuchen, im Zuge der Umgestaltung des Naschmarktparkplatzes an dessen flussaufwärts gelegenen Ende die Errichtung eines Schutzweges über die Linke Wienzeile - falls aus dem Gesichtspunkt der Verkehrssicherheit erforderlich mit einer Ampel - zu prüfen und das Ergebnis in der Bezirksentwicklungs- und Mobilitätskommission zu präsentieren.

Begründung

Ein Schutzweg über die Linke Wienzeile am oberen Ende des bisherigen Naschmarktparkplatzes würde den Weg zum dort künftig vorgesehenen Park aus Richtung Proschkogasse und weiter westlich bzw. nördlich um etwa 100 m verkürzen. Davon würden auch, aber nicht nur Schüler*innen der Volksschule Corneliusgasse profitieren, wenn sie für Sport oder andere Aktivitäten den Park aufsuchen. Ein gesicherter Übergang würde weiters zur Verkehrssicherheit beitragen, da anzunehmen ist, dass andernfalls viele Fußgänger*innen die Linke Wienzeile eher am kürzesten Weg überqueren würden als den bestehenden Schutzweg zu nutzen.

Anhang



Abbildung 1: Rot: Weg über den bestehenden Schutzweg, Grün: Weg über einen neu zu errichtenden Schutzweg.

Harald Buschbacher

Grüne Welle Wien

Die unterzeichnenden Bezirksrätinnen und Bezirksräte der Die Wiener Volkspartei Mariahilf stellen zur Bezirksvertretungssitzung am 26. September 2024 gemäß § 24 GO-BV folgenden

Antrag

Die Bezirksvertretung möge beschließen, die zuständige Stadträtin Mag.^a Ulli Sima zu ersuchen, über den Stand des Projekts "Grüne Welle Wien" zu berichten sowie die Anwendung für Mariahilf zu prüfen.

Begründung

Stadträtin Mag.^a Ulli Sima hat am 4. November 2021 die "Grüne Welle Wien" App präsentiert. Die App zeigt die richtige Geschwindigkeit, um mit dem Auto oder Fahrrad auf der grünen Welle durch die Stadt zu fahren. Abhängig von der eigenen Position und Fahrtrichtung wird die Rot-Grün-Phase für die kommende Ampel angezeigt. Für Radfahrer/innen bedeutet das weniger Kraftaufwand für das Stehenbleiben und Losfahren, Autofahrer/innen können Sprit und CO² einsparen. Auf einen im März 2022 einstimmig beschlossenen Antrag, die Anwendung für Mariahilf zu prüfen, antwortete Sima, dass weitere Schritte erst nach Evaluierung des Pilotprojekts erfolgen. Die Bezirksvertretung ersucht die zuständige Stadträtin, über den aktuellen Stand zu berichten und erneuert den Wunsch, die Anwendung auch auf den 6. Bezirk Mariahilf auszuweiten.

Maria Blazej

U3-Station Neubaugasse Wegweiser

Die unterzeichnenden Bezirksrätinnen und Bezirksräte der Die Wiener Volkspartei Mariahilf stellen zur Bezirksvertretungssitzung am 26. September 2024 gemäß § 24 GO-BV folgenden

Antrag

Die Bezirksvertretung möge beschließen, den zuständigen amtsführenden Stadtrat Peter Hanke zu ersuchen, sich bei den Wiener Linien dafür einzusetzen, bei der U3-Station Neubaugasse die in Richtung des 6. Bezirks gerichteten Wegweiser nach Mariahilfer Straßennamen zu benennen.

Begründung

Beim stadteinwärts gelegenen Ausgang der U3-Station Neubaugasse verweisen sämtliche Wegweiser auf Straßennamen des 7. Bezirks (Stiftgasse bzw. Kirchengasse). Die logische Trennung in Mariahilfer bzw. Neubauer Adressen würde die Orientierung erleichtern. Mögliche Vorschläge für den Ausgang in Richtung des 6. Bezirks wären Barnabitengasse bzw. Raimundhof.

Maria Blazej

Aufzuganlage Corneliusgasse

Die unterzeichnenden Bezirksrätinnen und Bezirksräte der SPÖ Mariahilf und der Die Wiener Volkspartei Mariahilf, der Grünen Alternative Mariahilf sowie von NEOS - Das Neue Österreich und Liberales Forum stellen zur Bezirksvertretungssitzung am 12. Dezember 2024 gemäß § 24 GO-BV folgenden

Antrag

Die Bezirksvertretung möge beschließen, die zuständigen Stellen des Magistrats der Stadt Wien (u.a. MA 28) zu ersuchen, die Förderwürdigkeit des Projekts „Aufzuganlage im Bereich der Corneliusgasse / Corneliusstiege“ zu prüfen.

Begründung

Mariahilf hat als Gender Mainstreaming Musterbezirk Anfang der Nuller-Jahre mit einem Aufzug eine barrierefreie Verbindung zwischen der Stiegengasse und der Windmühlgasse geschaffen. Im Jahr 2015 wurde seitens der Anrainer/innen der Corneliusgasse erstmals der Wunsch zur Installierung eines Aufzugs im Bereich der Corneliusstiege geäußert und im Zuge der Bürgerbeteiligung zur Neugestaltung des Bereichs vor der Volksschule Corneliusgasse bekräftigt.

Nach der einstimmigen Annahme eines Mehrparteienantrags auf Ausarbeitung eines Projektvoranschlags im März 2019 hat die zuständige Fachdienststelle die technische Machbarkeit links der Stiege bestätigt und eine erste Kostenschätzung übermittelt. Laut StRⁱⁿ Mag.^a Ulli Sima (Antwort vom 27. November 2024) ist die Variante aus der Machbarkeitsstudie nach wie vor aktuell, die Kostenschätzung wurde auf den Betrag von 860.000 Euro angepasst.

Da der Bezirk Mariahilf dieses Projekt aufgrund seiner finanziellen Ressourcen nicht stemmen kann, wurde die Stadt Wien um Unterstützung ersucht. Laut Finanzdirektor Mag. Christoph Maschek ist eine Prüfung hinsichtlich einer Förderung des Projekts aus dem Zentralbudget im Laufen. Er ersucht den Bezirk jetzt, die dafür zuständige Fachdienststelle (MA 28) zu beauftragen, an die Lenkungsgruppen der jeweiligen Fördergremien heranzutreten, um die Förderwürdigkeit zu prüfen.

Gerhard Hammerer
Josef Zeisel

Funktions- und Sozialraumanalyse zum „Jedmayer-Grätzl“

Die unterzeichnenden Bezirksrät*innen der Grünen Alternative Mariahilf, der SPÖ Mariahilf und der Die Wiener Volkspartei Mariahilf sowie von NEOS - Das Neue Österreich und Liberales Forum stellen zur Bezirksvertretungssitzung am 12.12.2024 gemäß § 24 GO-BV folgenden

Antrag

Die Bezirksvertretung Mariahilf möge beschließen, den amtsführenden Stadtrat Peter Hacker zu ersuchen, einen geeigneten Anbieter mit der Durchführung einer Sozialraumstudie im Jedmayer-Grätzl mit der Schwerpunktsetzung auf den Bereich rund um die U6-Station Gumpendorfer Straße unter Einbeziehung des oberen Teils der Gumpendorfer Straße, ihrer Nebengassen und Parkanlagen zu beauftragen. Eine Funktions- und Sozialraumanalyse der aktuellen Nutzungen soll eine Grundlage dafür bieten, geeignete Maßnahmen zu ergreifen, um allfälligen Konflikten der unterschiedlichen Nutzer*innen zu begegnen. Die Ergebnisse sollen öffentlich zugänglich gemacht, sowie in der Frauen-, Gesundheits- und Sozialkommission präsentiert werden.

Begründung

Das Jedmayer-Grätzl steht im Spannungsfeld zwischen wertvoller Suchthilfe und wachsendem Unsicherheitsgefühl. Während die ansässige Suchthilfeeinrichtung – das Jedmayer – wichtige und gute Arbeit für Suchtkranke leistet, verschlechtert sich die Situation für die Anwohner*innen und Nutzer*innen des Öffentlichen Verkehrs zusehends.

Steigende Verschmutzung und das subjektive Unsicherheitsgefühl stellen für viele eine tägliche Belastung dar. Viele Anrainer*innen sind enttäuscht, weil sich hier seit Jahren keine positiven Veränderungen abzeichnen. Um dieser Entwicklung entgegen zu wirken, ist es vorteilhaft, sich auf empirische Daten zu beziehen.

Eine Funktions- und Sozialraumanalyse über tatsächliche Nutzer*innen-Gruppen, ihre Ansprechbarkeit und Bedarfe, soll eine Grundlage für weitergehende sozialarbeiterische und gestalterische Angebote zur Entspannung von Nutzungskonflikten schaffen. Erkenntnisse zur Wechselbeziehung zwischen Menschen, Orten und Strukturen ermöglichen fundierte Entscheidungen für die Gestaltung der (sozial)räumlichen Umwelt im Jedmayer-Grätzl. Anhand einer solchen soll die Bezirksvertretung innerhalb der Frauen-, Gesundheits- und Sozialkommission geeignete Lösungsansätze diskutieren.

Cornelia Winkler

Überprüfung von Entlastungsmaßnahmen im Jedmayer-Grätzl

Die unterzeichnenden Bezirksrät*innen der Grünen Alternative Mariahilf, der SPÖ Mariahilf und der Die Wiener Volkspartei Mariahilf sowie von NEOS - Das Neue Österreich und Liberales Forum stellen zur Bezirksvertretungssitzung am 12.12.2024 gemäß § 24 GO-BV folgenden

Antrag

Die Bezirksvertretung Mariahilf möge beschließen, den amtsführenden Stadtrat Peter Hacker zu ersuchen, in Zusammenarbeit mit Expert*innen zu überprüfen, ob und wenn ja, welche Angebote der Suchthilfe Wien zusätzlich auch an anderen Standorten wienweit angeboten werden können, um das Jedmayer-Grätzl spürbar zu entlasten. Die Ergebnisse dieser Überprüfung sollen der Frauen-, Gesundheits- und Sozialkommission präsentiert werden.

Begründung

Während die ansässige Suchthilfeeinrichtung – das Jedmayer – wichtige, gute und absolut unterstützenswerte Arbeit für Suchtkranke leistet, verschlechtert sich die Situation für die Anwohner*innen und Fahrgäste des Öffentlichen Verkehrs zusehends.

Insbesondere die hohe Zahl an Nutzer*innen des Jedmayer sowie der florierende lokale Drogenhandel machen Anrainer*innen zu schaffen. Die Folge sind regelmäßige Verschmutzungen (Spritzen, menschliche Exkremente etc.) von Hauseingängen und Parks, sowie ein steigendes Unsicherheitsgefühl.

Um das Sicherheitsgefühl im Jedmayer-Grätzl zu erhöhen, ist eine Überprüfung, welche Angebote der Suchthilfe Wien sinnvollerweise auch an anderen Standorten wienweit etabliert werden können, ein sinnvoller Schritt, um die Situation in Mariahilf zu entlasten.

Paul Stein

Überprüfung Toilette U6 Gumpendorfer Straße

Die unterzeichnenden Bezirksrät*innen der Grünen Alternative Mariahilf, der SPÖ Mariahilf, der Die Wiener Volkspartei Mariahilf sowie von NEOS - Das Neue Österreich und Liberales Forum stellen zur Bezirksvertretungssitzung am 12.12.2024 gemäß § 24 GO-BV folgenden

Antrag

Die Bezirksvertretung möge beschließen, den zuständigen Stadtrat Peter Hanke zu ersuchen, sich bei den Wiener Linien dafür einzusetzen, dass überprüft wird, unter welchen Umständen in oder bei der U-Bahnstation Gumpendorfer Straße eine öffentliche Toilette eingerichtet werden kann. Die Ergebnisse der Überprüfung sollen der Mariahilfer Bezirksvertretung im Umweltausschuss präsentiert werden.

Begründung

Das Jedmayer ist eine Einrichtung, die drogenabhängigen Menschen Hilfe und Unterstützung gibt. Die dort Hilfe Suchenden befinden sich oft in einer prekären physischen wie psychischen Situation. Das führt immer wieder zu Konflikten mit Anwohner*innen, da es zur Verschmutzung im öffentlichen Raum kommt, weil kaum öffentliche Toiletten zur Verfügung stehen. Ein größeres Angebot von Toiletten würde helfen, die Situation zu entschärfen und das Leben für alle erträglicher machen.

Gertraud Reitsperger

Prüfung und Kostenschätzung einer Gehsteigverbreiterung in der Garbergasse

Die unterzeichnenden Bezirksrät*innen der Grünen Alternative Mariahilf und der SPÖ Mariahilf stellen zur Bezirksvertretungssitzung am 12.12.2024 gemäß § 24 GO-BV folgenden

Antrag

Die Bezirksvertretung Mariahilf möge beschließen, die zuständige Stelle des Magistrats der Stadt Wien (MA 28) zu ersuchen, im Zusammenwirken mit der Bezirksentwicklungs- und Mobilitätskommission eine Machbarkeitsprüfung und Kostenschätzung für eine Gehsteigverbreiterung in der Garbergasse im Bereich der ONr. 9-11 ohne Verlust von Radbügeln zu erstellen. Eine denkbare Lösung mit Erhalt der Radbügel und ohne Verringerung der Fahrbahnbreite ist im Anhang dargestellt, selbstverständlich können im Rahmen der Prüfung und Kostenschätzung aber auch andere Lösungen vorgeschlagen werden.

Begründung

Der Gehsteig in der Garbergasse im genannten Bereich ist mit einer Breite von 87 cm unzumutbar schmal und stellt sowohl für mobilitätseingeschränkte Personen ein Hindernis dar, als auch für Personen, die mit Kindern unterwegs sind. Verschärfend kommt hinzu, dass der gegenüberliegende Gehsteig etwas weiter unten im Straßenverlauf Stufen aufweist, also auch nicht barrierefrei ist.

Sowohl aufgrund des zuletzt beim Klimateam Mariahilf eingebrachten Wunsches nach einem autofreien Vorplatz der Schule in der Liniengasse, als auch aufgrund der Umgestaltung der Gumpendorfer Straße ist derzeit nicht absehbar, ob die Garbergasse möglicherweise in Zukunft zu einer Wohnstraße werden, oder im Gegenteil den Verkehr von anderen, verkehrlich zu beruhigenden Straßenabschnitten aufnehmen sollte. Daher wird keine umfassendere Umgestaltung der gesamten Gasse vorgeschlagen, sondern eine kurzfristige Lösung dieses dringlichen Problems mit möglichst geringem Aufwand. Dennoch sollten die gut genutzten Radbügel nicht entfernt, sondern beispielsweise von Diagonal- in Längsaufstellung gebracht werden.

Anhang



Abbildung 1: links: Status Quo, rechts: vorgeschlagene Gehsteigverbreiterung mit Radbügeln in Längsaufstellung

Harald Buschbacher

Verkehrsschilder aus Holz für Mariahilf

Die unterzeichnenden Bezirksrätinnen und Bezirksräte von der SPÖ Mariahilf stellen zur Bezirksvertretungssitzung am 12.12.2024 gemäß § 24 GO-BV folgenden

Antrag

Die Bezirksvertretung Mariahilf möge beschließen, die zuständigen Stellen der Stadt Wien (MA 46, MA 28) zu ersuchen die Anbringung von Verkehrszeichen und Verkehrstafeln aus Holz für neugestaltete Straßenabschnitte zu prüfen und das Ergebnis in der Bezirksentwicklungs- und Mobilitätskommission zu präsentieren.

Begründung

Mariahilf freut sich im Rahmen der Neugestaltung Christian Broda Platz als erster Bezirk mit Verkehrsschildern aus Holz ausgestattet worden zu sein. Da der Bezirk mit vielen Maßnahmen von Raus aus Gas, dem „Coolen Esterhazypark“ bis zur klima- und zukunftsfiten Umgestaltung der Gumpendorfer Straße, die Klimaziele der Stadt aktiv unterstützt, ersuchen wir um Überprüfung ob zukünftig alle Verkehrsschilder in Mariahilf in der neuen innovativen klimaschonenden Variante „Holz“ statt Alu errichtet werden können. Ein ergänzendes Anliegen des Bezirks ist die Frage, ob es zukünftig möglich ist, dass die Produktion auch mit heimischem Holz aus österreichischen, idealerweise aus Wiener Waldbeständen durchgeführt werden kann.

Anrainerparkplätze Schadekgasse

Die unterzeichnenden Bezirksrätinnen und Bezirksräte der Die Wiener Volkspartei Mariahilf stellen zur Bezirksvertretungssitzung am 12. Dezember 2024 gemäß § 24 GO-BV folgenden

Antrag

Die Bezirksvertretung möge beschließen, die zuständigen Stellen des Magistrats der Stadt Wien (u.a. MA 28, MA 46) im Zusammenwirken mit der Bezirksentwicklungs- und Mobilitätskommission zu ersuchen, die Möglichkeit zusätzlicher Anrainerparkplätze im Bereich der Schadekgasse zu prüfen.

Begründung

Derzeit gibt es in der Schadekgasse nur auf einer Seite, konkret im Bereich der Hundezone Esterhazypark, Anrainerparkplätze. Seitens der Anrainer wird ersucht, eine Ausweitung zu überprüfen.

Gerhard Hammerer

Prüfung der Verordnung eines Alkoholverbots

Die unterzeichnenden Bezirksrätinnen und Bezirksräte der Die Wiener Volkspartei Mariahilf stellen zur Bezirksvertretungssitzung am 12. Dezember 2024 gemäß § 24 GO-BV folgenden

Antrag

Die Bezirksvertretung möge beschließen, Bürgermeister Dr. Michael Ludwig zu ersuchen, die Verordnung eines Alkoholverbots für den öffentlichen Raum im Umfeld der Barnabitengasse zu prüfen und die Ergebnisse der Frauen, Gesundheits- und Sozialkommission zu übermitteln.

Begründung

Der Wunsch nach Verhängung eines Alkoholverbots wurde mehrfach im Rahmen der Gespräche mit den Anrainerinnen und Anrainern des Betreuungszentrums für Obdachlose der Caritas in der Mariahilfer Bezirksvorstehung geäußert. Die Prüfung soll auch eine umfassende Evaluierung der Situation vor Ort sowie die genauen Ausmaße der Zone (welche konkreten Verkehrsflächen im Umfeld der Barnabiten-gasse) beinhalten. Ziel ist es, im Zusammenspiel mit anderen Maßnahmen, das friedliche Miteinander zwischen den Anrainern und den Besuchern zu verbessern und damit insgesamt zu einer Entlastung beizutragen.

Gerhard Hammerer